Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118. Freitag, den 23. Mai 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Aus dem Anfang der Arbeiterbewegung.

Zum 50. Geburtstag der Partei von August Bebel.

I.

Die fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren für Deutschland Jahre der politischen Reaktion und der Kirchhofsruhe. Von den Zuständen jener Zeit macht sich die heutige Generation kaum einen Begriff. Das Geschlecht, das in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in das mannbare Alter wuchs, war in den Revolutionsjahren noch zu jung gewesen, als daß die Ereignisse jener Zeit auf dieses irgend einen nachhaltigen Eindruck machten. In den Jahren aber, in denen es heranwuchs, war unter dem Drucke der Reaktion alles politische Leben ertötet worden. Zehntausende, die sich in den Bewegungsjahren hervorgetan, und an den Kämpfen beteiligt hatten, waren als Flüchtlinge ins Ausland getrieben worden, andere Tausende schmachteten jahrelang in den Zuchthäusern und Gefängnissen der verschiedenen deutschen Vaterländer und kehrten meist gebrochen, wenn überhaupt, aus denselben zurück. Viele andere waren in den verschiedenen Kämpfen auf den Barrikaden und auf den Schlachtfeldern geblieben. Wieder andere — und ihre Zahl war sehr erheblich — waren verfolgt und gemaßregelt worden, oder ihre Existenz war vernichtet. Was übrig blieb, wurde gezwungen zu schweigen, denn nicht allein stand abermals die Presse unter den Preßordonnanzen des wieder erstandenen Bundestages in Frankfurt a. M. und den reaktionären Gesetzen in den Einzelstaaten, auch alle politischen Vereine waren unterdrückt, und durch besonderen Beschluß des Bundestages im Jahre 1854 war speziell die Existenz von Arbeitervereinen verboten worden. Was an Vereinen am Leben blieb, wie z. B. der große Handwerkerverein in Berlin, der Verein Vorwärts in Bremen und ähnliche, war zu einem unpolitischen Stilleben verurteilt, denen sich die vom Kaplan Kolping in Köln gegründeten katholischen Gesellenvereine und die diesen nachgebildeten evangelischen Jünglingsvereine, in noch größerer Harmlosigkeit anschlossen.

Aber auch das soziale Leben jener Zeit unterschied sich gewaltig von dem gleichen Leben unserer Tage. Das Deutschland der fünfziger Jahre war überwiegend ein kleinbürgerlich-bäuerliches Deutschland. Die Großindustrie und die Manufaktur waren zwar schon vorhanden und dominierten in einzelnen Gegenden Deutschlands, wie z. B. am Unterrhein und im Königreich Sachsen, aber die soziale Struktur der Gesellschaft empfing von ihnen noch nicht ihr Gepräge. Vor allem war die große Mehrzahl der Arbeit noch in handwerksmäßigen Betrieben beschäftigt. Diese Arbeiter lebten aber als Gehilfen und Gesellen in Kost und Wohnung bei ihren Meistern und die klein- und spießbürgerlichen Anschauungen dieser Meister — die in hohem Maße zu jener Zeit selbst noch in den Mittel- und Großstädten vorherrschten — beeinflußten auch sie. Bedeutete doch sogar noch zu Anfang der sechziger Jahre bei einem Teil dieser Gehilfen und Gesellen die Bezeichnung Arbeiter, auf sie angewandt, eine Degradation, weil es hieß, sie auf eine Stufe mit dem Tagelöhner und dem ungelernten Fabrikarbeiter stellen. Diese Auffassung hing mit der damals noch weit verbreiteten Anschauung zusammen, daß die Leistungen der Fabrik gegenüber jenen des Handwerks an Wert erheblich zurückständen, daß die Fabrik unsolide, billige Massenarbeit, dagegen das Handwerk Qualitätsarbeit leiste. Eine Auffassung, die selbst noch durch Reuleaux berühmt gewordenes Stigma „billig und schlecht“, das er über die deutschen Industrieerzeugnisse auf der Weltausstellung zu Philadelphia im Jahre 1876 aussprach, scheinbar eine gewisse Bestätigung fand.

Ein zweiter Vorzug, den die Handwerksgehilfen und -Gesellen dem Fabrikarbeiter jener Zeit gegenüber voraus hatten und weshalb sie sich als über diesen stehend wähnten, war die Wanderfreiheit, soweit von einer solchen aus politischen Gründen die Rede sein konnte. Die zunftmäßige Gebundenheit war in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, mit Ausnahme gewisser Distrikte in Norddeutschland — insbesondere in den Hansastädten — und andererseits in Bayern — und mit Ausnahme einzelner Gewerbe — z. B. der Zimmerer, Huterer, Gerber — verschwunden, aber immerhin bestand noch die Verpflichtung zum Gesellen- und Meisterstück als Folge der gewerblichen Gebundenheit, was allgemein als Zopf empfunden wurde. Die Misere jener Zeit trat noch in anderer Weise hervor. So war eine besonders lästige, mit vielen Unannehmlichkeiten verbundene Einrichtung für den wandernden Gesellen der Legitimationszwang, d. h. die Verpflichtung, ein Wanderbuch zu besitzen, in das nicht nur die Zeugnisse des Meisters über die Leistungsfähigkeit des Gesellen eingetragen wurde, sondern das auch als Legitimation den Behörden gegenüber galt und von diesen recht häufig visitiert und visiert wurde. Ohne sogenanntes polizeiliches Visum konnte der Geselle nicht von einem Ort zum andern wandern. Dieses Visum wurde vielfach nur auf kurze Strecken erteilt. So bestand z. B. bis zum Jahre 1858 in Bayern die Einrichtung, daß das Visum nur von einer Landgerichtsstadt — die der Kreisstadt in Preußen entsprach — zur andern gegeben wurde. Da aber diese Städte stets nur wenige Meilen auseinander, oftmals auch abseits von der Hauptstraße lagen, die der Wandernde zu seinem Ziele betrat, so war dieses eine außerordentlich zeitraubende und lästige Verpflichtung. Dazu kam, daß an vielen Orten die Vorschrift bestand, daß die Polizeibehörde nur zu bestimmten Tagesstunden — z. B. 1—2 Stunden am Vormittag — die Visums erteilte, wobei in der Regel eine ärztliche Besichtigung daraufhin stattfand, ob der Wandernde mit einer äußerlichen Krankheit, Krätze und dergl. behaftet sei. Wer zu einer späteren Stunde eintraf, mußte bis zum nächsten Tage auf sein Visum warten, einerlei ob er dazu die Mittel hatte oder nicht. Manche Länder, wie zum Beispiel die Schweiz, waren in den fünfziger Jahren den Handwerksgesellen und -Gehilfen der meisten deutschen Staaten zu betreten verboten. Die Schweiz stand in dem Rufe, ein Land zu sein, in dem jeder deutsche Handwerksbursche unrettbar dem Republikanismus, Sozialismus und Kommunismus verfalle, und davor die Untertanen zu behüten, war eine Hauptaufgabe der landesväterlichen Gewalten.

Aus allen diesen Umständen ist es erklärlich, daß, soweit damals in den Köpfen der deutschen Arbeiter politische und soziale Ziele vorhanden waren oder solche bei ihnen zum Durchbruch kamen, sie in der Verwirklichung der deutschen Einheit — die mit der 36fältigen Vielstaaterei aufräumte — der Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, der Niederlassungs- und Preßfreiheit und ähnlichen Forderungen ihr Ideal erblickten; denn welche Schwierigkeiten und Kosten es verursachte, wenn z. B. ein preußischer Handwerksbursche in Sachsen oder Bayern oder umgekehrt sich niederlassen und sein Handwerk als Selbständiger ausüben wollte, davon hat man heute auch keine Vorstellung mehr.

Ueberdies waren damals sozialistische und kommunistische Ideen fast den gesamten deutschen Arbeitern eine gänzlich fremde Welt. Der Weitlingsche Kommunismus zählte in den großen Städten einzelne versprengte Anhänger, die aber bei den herrschenden Zuständen alle Ursache hatten, ihre Anschauungen zu verbergen. Der Kommunistenbund, die Tätigkeit eines Marx und Engels und selbst eines Lassalle, waren den deutschen Arbeitern, bis auf eine Zahl, die man an den Fingern abzählen konnte, ebenfalls fremd. Zwischen den Vorgängen und Ereignissen Ende der vierziger Jahre und dem Anfange der sechziger Jahre, bestand für die jüngere Arbeiterwelt eine Kluft, als liege ein Jahrhundert dazwischen. So weltfremd und weltenfern lag der sehr großen Mehrheit jene Zeit. Soweit aber noch Erinnerungen und Kenntnisse von jener Zeit vorhanden waren, bezogen sie sich auf die liberale und demokratische Bewegung, wobei unter dem demokratisch das republikanisch als selbstverständlich angenommen wurde. Der republikanische Gedanke war damals in den Volksmassen weit verbreitet, was wichtig ist festzustellen, weil ohne die Kenntnis dieser Tatsache vieles von den Vorgängen in der deutschen Arbeiterbewegung unverständlich bleibt.

Als daher im Jahre 1859 der deutsche Nationalverein ins Leben trat und ein Programm in den angedeuteten Richtungen aufstellte, war es nur natürlich, daß er die Sympathien weiter Arbeiterkreise fand. Andererseits legte man in den Kreisen des Nationalvereins aus zwei Gründen großes Gewicht darauf, die Arbeiter hinter sich zu haben. Einmal, weil man sich sagen mußte, daß ohne das aktive Element in der Arbeiterklasse eine Massenbewegung, wie sie der Nationalverein zur Erreichung seiner Ziele benötigte, nicht möglich war. Zweitens weil man, vor dem Gedanken zitternd, daß die Arbeiter eines Tages sozialistischen oder kommunistischen Ideen zugänglich werden könnten, das Verlangen hatte, sie an den Nationalverein und die von ihm vertretene Bewegung zu fesseln.

Es ist zweifellos, daß dieses letztere Motiv ganz wesentlich die Taktik der Führer der liberalen Volksbewegung beherrschte, als sie jetzt unter die Arbeiter traten, und die Gründung von Arbeitervereinen allerwärts förderten. Es ist aber ebenso zweifellos, daß die in Frage kommenden Arbeiter von diesem Motiv nichts ahnten und verstanden, sondern bereitwillig die Hilfe annahmen, die sich ihnen bot. Die Begriffe von gegensätzlichen Klasseninteressen und Klassenkampf schlummerten noch und kamen den Massen nicht so rasch zum Bewußtsein, wie später mancher annahm.

Politische Rundschau

Deutschland.

Kein Terrorismus!

Im Wahlkreise Linden hatten sich die bürgerlichen Parteien unter der Führung des Reichsverbandes zusammengerottet, um den Kreis der Sozialdemokratie zu entreißen. Allerdings vergeblich, denn Genosse Leinert wurde mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt. In welcher Weise ein Druck auf die bürgerlichen Wähler ausgeübt wurde, das zeigt ein vertrauliches Rundschreiben des Vorstandes des Lindener Lehrervereins an seine Mitglieder. Es lautet:

„Vertraulich!

Wie den Kollegen bekannt sein wird, haben sich alle Parteien (ausschließlich Freisinn) für die diesjährige Landtagswahl im Wahlkreise Linden auf die Kandidatur Dr. Preisler geeinigt mit dem Ziele, den Wahlkreis den Sozialdemokraten wieder abzunehmen. Mit Berlin genießt Linden allein den traurigen Ruhm, im Abgeordnetenhause durch einen Sozialdemokraten vertreten zu sein. Es wird darum in der gesamten Monarchie das Wahlresultat mit großer Spannung erwartet. Man wird es nicht verstehen, wenn die Lehrerschaft Lindens bei der allgemeinen herrschenden Begeisterung in allen bürgerlichen Parteien für das gemeinsame Ziel, abseits steht und sich in dem Kampfe nicht betätigt. Die Gefahr liegt aber vor, durch die Lage des Wahltages in den Pfingstferien, die gewiß mancher Kollege mit Recht zu einer Reise ausnutzen wird. Nun aber liegen die Verhältnisse so, daß das Wort des Vorsitzenden in der letzten Wahlversammlung im „Schwarzen Bären“: „Wer von der Wahl sich fernhält, wählt den Sozialdemokraten“, auch die Anschauung unserer vorgesetzten Behörde vertritt und von dieser so ausgelegt wird. Man wird sicher die Wählerlisten nach der Wahl einer genauen Prüfung unterziehen und mit Wohlbehagen die Namen der Kollegen, die nicht gewählt haben, herausziehen.

In Rücksicht auf die materiellen und idealen Interessen jedes einzelnen Kollegen und der Gesamtheit der Lindener Lehrerschaft hält es der Vorstand für seine ernsteste Pflicht, die verreisenden Kollegen zu bitten, ein Opfer derart zu bringen, daß sie ihre Reise abkürzen und am Freitag, dem 16. Mai, ihrer Wahlpflicht genügen.

Der Vorstand des Lindener Lehrervereins.
J. A.: Aschof.“

Den Lehrern wird also ganz offen mit den Behörden gedroht und mit dem Hinweis darauf, daß die Behörden die Wählerlisten nach der Wahl einer genauen Prüfung unterziehen werden, um die Wahlsünder festzustellen und ihnen ihre Zurückhaltung fühlbar zu machen. Und da schreit man über den — sozialdemokratischen Terrorismus.

Ein Volksbildungshaus als Jubiläumsstiftung für Wilhelm II.

Die deutschen Städteverwaltungen planen, als Jubiläumsgabe für Wilhelm II. größere Mittel für wohltätige oder gemeinnützige Zwecke auszuwerfen und dafür unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse und Bedürfnisse Einrichtungen zu schaffen. Diese Form soll einem Wunsche des Kaisers entsprechen, „welcher Geschenke zu seinem persönlichen Nutzen abgelehnt habe“. (Das wäre auch noch schöner, wenn dem Kaiser Geschenke zu seinem persönlichen Nutzen aus städtischen Mitteln gemacht würden!) Für Frankfurt a. M. schlägt der Magistrat vor, 400 000 Mark als Grundstock für den Bau oder den Erwerb eines Volksbildungshauses festzulegen und 100 000 Mark dem Kaiser für Zwecke der Pflege des deutschen Volksliedes zur Verfügung zu stellen. Am Dienstag kam der Antrag des Magistrats in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten erklärten selbstverständlich, daß sie Gelder zur besonderen Ehrung Wilhelms II. nicht bewilligen könnten. Da sie aber gerne die Errichtung eines Volksbildungshauses fördern wollen, die von ihnen schon verschiedentlich angeregt worden ist, beantragten sie, die ganze Summe von 500 000 Mark als Grundstock für den Bau eines Volksbildungshauses ohne irgend eine Bezugnahme auf das Regierungsjubiläum festzulegen. Das paßte natürlich den beiden bürgerlichen Parteien, Forrschrittlern und Nationalliberalen nicht. Sie lehnten unseren Antrag ab und genehmigten die Magistratsvorlage. Alle Fortschrittler taten mit, wohl um sich von dem Vorwurf zu reinigen, national nicht zuverlässig zu sein, der ihnen in der Landtagswahl von den Nationalliberalen gemacht worden ist.

Das Frankfurter Volksbildungshaus wird also als „Kaiser-Jubiläums-Stiftung“ entstehen und Wilhelm II. erhält 100 000 Mark zur Förderung der Pflege dessen, was er unter Volkslied versteht.

Zu den preußischen Landtagswahlen.

Bei den Wahlmänner-Stichwahlen in Elberfeld-Barmen wurden noch 84 weitere sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Insgesamt haben erhalten die Sozialdemokraten 420, die Liberalen 490 und die Konservativen 360 Wahlmänner. Gegen 1908 gewinnt die Sozialdemokratie 60, die Konservativen 77 und die Liberalen verlieren 77 Wahlmänner. Der Sieg der Liberalen ist gesichert.

In Dortmund stellt sich nach den Stichwahlen das Verhältnis der Parteien so: Sozialdemokraten 182, Zentrum 142, Nationalliberale 500. Die Sozialdemokratie gewann seit 1908 113 Wahlmänner, die Zahl der Urwahlstimmen stieg von 2700 auf über 6000.

Nach Erledigung der Stichwahlen in Hagen sind 191 Sozialdemokraten, 705 Liberale und 68 Wahlmänner der Rechtsparteien gewählt worden.

In Halle brachten die Stichwahlen den Liberalen die absolute Majorität.

In Frankfurt a. O.-Lebus haben auch die Stichwahlen nichts daran geändert, daß die Sozialdemokratie mit 84 Wahlmännern den Ausschlag zwischen den Konservativen mit 247 und den Liberalen mit 285 Wahlmännern gibt.

Der Wahlausschuß der vereinigten konservativen und freikonservativen Wahlvereine für Ober- und Niederbarnim hat sich mit den Stichwahlen im Kreise beschäftigt. Nach längerer Debatte kam man überein, den Liberalen ein Kompromiß auf der Grundlage anzubieten, daß ein Konservativer, ein Freikonservativer und ein Liberaler gewählt werden. Bisher wurde der Wahlkreis Ober- und Niederbarnim durch den konservativen Landrat a. D. von Treskow, den freikonservativen Oberbürgermeister Ziethen und den Fortschrittler Dr. Schepp im Abgeordnetenhause vertreten.

Ueber den Kuhhandel

berichtet die „Kölnische Volkszeitung", daß er gute Fortschritte mache. Die Wehrvorlage kann bereits am Sonnabend oder doch spätestens am Montag erledigt sein. Über die Deckungsvorlage hätten in den letzten Tagen Besprechungen zwischen Parteiführern und der Regierung stattgefunden, die ebenfalls die Hoffnung auf eine Einigung der bürgerlichen Parteien aufkommen lassen. In der Kommission werde nach der Wehrvorlage zunächst der einmalige Wehrbeitrag beraten, über den ja alle Parteien im Prinzip einig seien. Dann sollten die kleineren Steuervorlagen und zuletzt die Besitzsteuerfrage an die Reihe kommen. Das Zentrumsblatt sieht die ganze Situation sehr rosig an. Die Abstriche, die das Zentrum zu machen gedenkt, seien derart, daß sie zweifellos die Zustimmung des Kriegsministers und der übrigen maßgebenden Stellen erhielten. Dies vorausgesetzt, würde sich die Vorlage sehr rasch und glatt erledigen. — Vermutlich stammt diese Mitteilung aus der Zentrumsfraktion, wo man sich anscheinend vorher bei der Regierung erkundigt hat, wie die Dinge laufen, um so sicher auftreten zu können.

Wehrvorlage und Beamtenbesoldung.

Im Landtag des Großherzogtums Hessen kam am Mittwoch eine Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei zur Debatte, in der die Regierung u. a. befragt wird, ob und inwieweit die Wehrvorlage an der Verzögerung der hessischen Besoldungsvorlage Schuld trage. Die Regierung erklärte, daß zwar die schwebende Besoldungsvorlage beraten aber nicht verabschiedet werden dürfe, bevor die Wehrvorlage und ihre Deckung vom Reichstag erledigt sei. Wenn aber die Deckungsvorlage des Reichstags die Belastung der Bundesstaaten in Form der „veredelten" Matrikularbeiträge bringt, so wird vermutlich die Verabschiedung der hessischen Besoldungsordnung auf lange Zeit hinausgeschoben werden. — Die Heeresvorlage hindert also die sehr notwendige Reform der Besoldungsordnung in Hessen, wodurch sich der Beamten natürgemäß eine Erregung bemächtigt hat.

Unstimmigkeiten im reichsländischen Parlament.

Die Lage der Besoldungsreform, an der das elsaß-lothringische Parlament über ein Jahr gearbeitet hat, ist in den letzten Tagen sehr kritisch geworden. Nachdem die Erste Kammer die Beschlüsse der Zweiten Kammer dem zukünftigen Staatssekretär 26 000 Mark statt 36 000 Mark Gehalt und dem Unterstaatssekretär 18 000 statt 22 500 Mark Gehalt zu zahlen, nicht angenommen hatte, begannen neue Verhandlungen. Die Zweite Kammer wollte nun Ernst machen mit dem Vorschlag der Ersten Kammer, die jetzigen Ministergehälter in Pensionsgehälter in Höhe von 18 000 Mark für den Unterstaatssekretär und 26 000 für den Staatssekretär und Zulagen in Höhe von 4500 Mark für den Unterstaatssekretär und 10 000 Mark für den Staatssekretär zu teilen. Der Regierung soll aber dies Entgegenkommen noch nicht weit genug gehen. Mittwoch morgen haben nun zwischen den Fraktionsvertretern wieder Verhandlungen stattgefunden. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Der lothringische Block will die Besoldungsvorlage in dieser Form nicht annehmen, so daß das Besoldungsgesetz wahrscheinlich scheitern wird.

Die „Erziehung" zum Konservativismus.

Das fortschrittliche Parteisekretariat zu Königsberg teilt folgenden ungemein bezeichnenden Fall mit: Ein konservativer Rittergutsbesitzer aus dem Kreise Königsberg-Land wandte sich vor einigen Tagen an eine angesehene Zigarrenfirma in Königsberg mit dem Ersuchen, ihm doch einige Kisten Zigarren zusenden zu wollen. Vor der Absendung der Ware möge der Firmeninhaber ihm jedoch erst schriftlich bescheinigen, daß er der konservativen Partei angehöre, da er seine Waren nur von konservativen Firmen beziehe. — In dieser Weise versucht man in agrarischen Kreisen, den „staatserhaltenden konservativen Ideen" neue Anhänger zuzuführen. Boykott ist das natürlich nicht. Dieses „verwerfliche Kampfmittel" wird nach konservativen Behauptungen nur von der Sozialdemokratie angewendet.

Die preußische Justiz und das Wahlrecht.

Die „National-Zeitung" berichtet:

„Schnelle Arbeit der preußischen Justiz. Justiz hat sich wieder an den Spruch: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher." Daß sie aber auch anders kann, zumal wenn die höchsten Güter des Staates in Gefahr stehen, beweist folgender uns von wohlunterrichteter Seite erzählte Vorgang:

Bei den Landtagswahlen am Freitag, 16. Mai, gab ein Hilfsgerichtsdiener in einem Berlin sehr nahe gelegenen Vorort (nicht weit von Hoppegarten) seine Stimme zugunsten der Sozialdemokratie ab. Der mutige Mann — es gehört wirklich Mut dazu, in dieser Stellung so zu wählen! — konnte sich nicht lange seines amtlichen Daseins freuen. Die Kunde von der Freveltat kam überraschend schnell zu den Ohren des Landgerichtspräsidenten, von dem bereits Sonntag früh ein Diensttelegramm eintraf, das die Suspendierung des Hilfsbeamten anordnete. Dank diesem schnellen Eingreifen der Justiz blieb der preußische Staat vor äußerem Schaden bewahrt."

Wir haben dieser nationalliberalen Kritik eines skandalösen Wahlterrorismus nichts hinzuzufügen.

Balkan.

Die Friedensverhandlungen. Die Anstrengungen der Großmächte sind darauf gerichtet, die Balkanstaaten zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien möglichst ohne Vorbehalt zu bewegen. Um Serbien jeden Vorwand zur Verzögerung zu nehmen, sind den serbischen Delegierten bestimmte Zusagen betreffs eines exterritorialen Handelshafens an der Adria mit einem Korridorzugang gemacht worden. Ebenso hat Griechenland hinsichtlich der ihm zuzusprechenden Inseln und der albanischen Südgrenze bereits ziemlich genaue Zusagen erhalten.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden ausgezeichnete Fortschritte für den Abschluß des Friedens gemacht. Zwischen den Delegierten der Balkanstaaten und den türkischen Delegierten fanden neue Konferenzen statt, um die grundlegenden Bedingungen des Friedens-Vertrages zu finden. Man glaubt nicht, daß die türkischen Delegierten sich ernsthaft den Ansichten der Verbündeten widersetzen werden. Es ist wahrscheinlich, daß Europa gegen die vorgeschlagenen Abänderungen keinen Widerspruch erhebt. Sämtliche Missionen der Verbündeten hielten gestern eine Konferenz ab, um über die Lage unter dem Gesichtspunkte der Ereignisse der letzten Tage zu beraten. Es wird auch hervorgehoben, daß die Großmächte die Vorschläge über die besonders Serbien berührenden Fragen genehmigten und daß Serbien von dieser Erklärung vollkommen befriedigt sei. Das Datum der offiziellen Versammlung der Delegierten ist noch nicht festgesetzt, doch wird wahrscheinlich eine Entscheidung hierüber in einigen Tagen getroffen werden.

Japan.

Der Kaiser ist letzte Nacht gestorben. Nun können die Japaner es den Chinesen nachmachen und mit der Kaiserwirtschaft aufräumen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 23. Mai.

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Baudeputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtanerkennung der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tarifkommission.

Gesamtübersicht über die Stadt Lübeck. Dem statistischen Vierteljahrsbericht des Statistischen Amts für das 1. Quartal 1913 entnehmen wir folgendes: (Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die gleiche Zeit des Vorjahres.) Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 31. Dezember 1912 100 795 (99 790) Einwohner. Im ersten Quartal 1913 kamen 136 (112) durch Geburtenüberschuß hinzu, aber auch 756 (500) durch Wanderungsverlust in Abgang, so daß die Bevölkerung um 620 (388) zurückging und am 31. März 1913 nur noch 100 175 (99 402) betrug. Am 1. April ist sie jedoch infolge Eingemeindung von 12 Ortschaften und der Heilanstalt Strecknitz auf 112 322 emporgeschnellt. Die natürliche Bevölkerungsbewegung zeigte folgenden Verlauf: Ehen wurden 164 (129) oder 6,61 Promille (5,20 Prom.) geschlossen; ihre Zahl ging also absolut wie relativ um ein Erhebliches über die des Vorjahres hinaus. Auch die Geburtenziffer hat sich, wenn auch nicht in demselben Maße, gehoben; die Zahl der Geborenen belief sich auf 574 (555) oder 23,17 Promille (22,35 Prom.) Von ihnen waren 95 (68) oder 23,17 Proz. (12,25 Proz.) unehelich und 22 (18) oder 3,88 Proz. (3,24 Proz.) tot; danach ist der Prozentsatz der unehelich Geborenen bedenklich und der Totgeborenen etwas gestiegen. Die Zahl der Sterbefälle blieb mit 417 oder 16,83 Promille erfreulicherweise etwas hinter der des Vorjahres (425 oder 17,12 Promille) zurück. Unter den Gestorbenen waren 79 (62) unter 1 Jahr alt, während 117 (113) das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Die Säuglingssterblichkeit war höher als im Vorjahre, auf 100 Lebendgeborene kamen 14,44 (11,34) Sterbefälle — und zwar hat sie sowohl bei den ehelichen (von 11,92 auf 14,24 Proz.) wie bei den unehelich Geborenen (von 6,36 auf 15,76 Proz.) zugenommen. Unter den Todesursachen standen wieder die Krankheiten der Kreislauforgane mit 64 (64) Fällen an erster Stelle, es folgten die an Lungenentzündung mit 41 (31), an Krebs mit 38 (31) und an Krankheiten der Atmungsorgane und an Lungenschwindsucht mit je 26 (22 und 35). Sämtliche ansteckende Krankheiten führten 25 (26) mal zum Tode. Von den 13 (15) gewaltsamen Todesfällen waren 3 (6) durch Selbstmord veranlaßt. Der Geburtenüberschuß belief sich auf 136 (112), übertraf also den vorjährigen um 24. Die Wanderungsbewegung schloß mit einem Verlust von 756 (500) Personen ab: 4206 (4363) Zugezogenen standen 4962 (4863) Fortgezogene gegenüber. Die Abwanderung geschah in der Hauptsache im März, ein Vorgang, der sich in jedem Jahre sowohl in Lübeck wie in den meisten anderen Großstädten wiederholt und daher nichts Auffälliges an sich hat. Der Wanderungsverlust trat in der Hauptsache bei der Kategorie der Einzelpersonen ein. Von den verschiedenen Berufsgruppen wiesen die gelernten und die ungelernten Arbeiter mit 218 bezw. 177 und die Schüler mit 93 Personen die größte Mehrabwanderung auf. Im Austausch mit den benachbarten Bundesstaaten gewannen wir nur von den beiden Mecklenburg und zwar 44 Personen, sonst erlitten wir überall Einbußen, am meisten Hamburg gegenüber, das uns 188 Personen abnahm. Von den Zugezogenen der Monate Dezember bis Februar hatten 37, von den Fortgezogenen dagegen nur 20 ein Einkommen von 3000 Mark und darüber, ein erneuter Beweis dafür, daß unser Zuzug finanziell mehr wiegt als unsere Abwanderung.

Der Fremdenverkehr in Hotels, Gasthöfen und Herbergen belief sich auf 16 422 (16 993) Personen, blieb also um 571 hinter dem des Vorjahres zurück.

Vom Grundstücksmarkt ist folgendes zu melden: 137 (131) Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 128 659 (76 206) Quadratmeter gingen zu einem Preise von 2 226 747 Mark (2 808 468 Mk.) auf einen andern Eigentümer über, davon 96 (101) mit einem Flächeninhalte von 91 388 (64 065) Quadratmeter zum Preise von 1 510 827 Mk. (2 213 746 Mk.) freihändig und 41 (30) mit einem Flächeninhalt von 37 262 (12141) Quadrameter im Wege der Zwangversteigerung. Die zwangsversteigerten 41 Grundstücke waren zur Zeit des Zuschlages mit 1 139 823 Mk. (846 591 Mark) beschwert, von denen 530 888 Mk. (351 791 Mk.), also fast die Hälfte, von amtswegen gelöscht wurden. Der Hypothekenmarkt war belebter als im Vorjahre. Die Zahl der Umschriften belief sich auf 666 (622) zum Betrage von 2 532 082 Mk. (2 276 322 Mk.), die der Verpfändungen auf 329 (288) zum Betrage von 1 638 721 Mk. (1 691 474 Mk.) und die der Löschungen auf 358 (306) zum Betrage von 1 414 357 Mark (922 289). In der Bautätigkeit zeigte sich zum ersten Male wieder eine kleine Wendung zum Besseren. Zwar belief sich die Zahl der neu hergestellten Häuser nur auf 19 (16) und die der neuen Wohnungen nur auf 46 (69), auch befanden sich Ende März nur 31 (49) Gebäude im Bau. Aber die Zahl der beantragten Bauausführungen ging mit 262, darunter 22 Wohnhäuser, um 62 bezw. 10 über die vorjährigen Ziffern hinaus.

Von den städtischen Betrieben ist zu berichten, daß die Wasserabgabe mit 1 169 222 Kubikmeter um 116 745 Kubikmeter gegen 1912 zurückblieb, dagegen der Gasverbrauch mit 3 131 205 Kubikmeter und die Stromabgabe des Elektrizitätswerkes mit 1 214 017 Kw.-Std. die vorjährigen Ziffern um 100 285 Kubikmeter bezw. 494 293 Kw.-Std. übertraf. Brände fanden 30 (43) statt, darunter 2 (1) Großfeuer. Ursache des Feuers war in 9 (14) Fällen Fahrlässigkeit. Die von der Feuerwehr besorgten Krankenbeförderungen beliefen sich auf 358 (354).

Die Zahl der mit der Eisenbahn beförderten Personen nahm gegen das Vorjahr bei der Lübeck-Büchener um 148 533 zu und bei der Eutin-Lübecker um 15 302 ab. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr wiesen trotzdem wieder bei beiden Bahnen eine Steigerung auf, bei der Lübeck-Büchener um 120 180 Mk. und bei der Eutin-Lübecker um 7510 Mk. Der Güterverkehr wuchs bei der Lübeck-Büchener um 2045 Tonnen, während er bei der Eutin-Lübecker um 1065 Tonnen sank. Die Einnahmen aus ihm stiegen bei der ersteren um 40 119 Mk. und nahmen bei der letzteren um 6880 Mk. ab. Die Straßenbahn beförderte 2 456 324 Personen, d. s. 510 984 mehr als im Vorjahr. Infolgedessen hob sich ihre Einnahme von 195 718 Mk. auf 259 439 Mk., also um 63 721 Mk. Doch ist bei dieser Steigerung wieder in Betracht zu ziehen, daß die Betriebslänge sich gegen das Vorjahr von 28,36 Kilometer auf 33,60 Kilometer gehoben hat. Im Seeschiffahrtsverkehr gingen 518 (426) Schiffe mit 158 641 (109 823) Tonnen Tragfähigkeit ein und 506 (441) mit 158 367 (115 825) Tonnen Tragfähigkeit aus, also gegen 1912 157 Schiffe und 91 360 Tonnen mehr. An dieser Verkehrssteigerung waren die Häfen sämtlicher für Lübeck in Betracht kommenden Länder beteiligt, vor allem fand sie aber im Handel mit deutschen, schwedischen, dänischen und großbritannischen Häfen statt. Die Zahl der mit Seeschiffen angekommenen Passagiere belief sich auf 668 (463), davon kamen 405 (262) auf der Strecke Kopenhagen-Malmö-Gothenburg an. Der Flußschiffahrtsverkehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem Elbe-Trave-Kanal stellte sich für den Hafenplatz Lübeck und die übrigen Plätze an der Trave im Ein- und Ausgang auf insgesamt 927 (904) Schiffe, die 73 264 (70 975) Tonnen Güter löschten und 31 624 (28 725) mitnahmen. Der Verkehr hat sich also im Eingang wie im Ausgang etwas gehoben.

Die Zahl der im Schlachthaus geschlachteten Tiere belief sich auf 20 705 (21 350), war also um 645 geringer als im Vorjahre; doch ist diese Differenz schon erheblich niedriger als im vorigen Quartal [3525]. Der Rückgang in den Schlachtungen ist vor allem bei den Schweinen und Schafen erfolgt, von denen 2426 bezw. 3319 weniger geschlachtet wurden, während die Zahl der geschlachteten Kühe und Starken um 2039 über die des Vorjahres hinausging.

Die Lebensmittelpreise werden jetzt nach einer neuen Methode gewonnen, deshalb ist zunächst jeder Vergleich mit dem Vorjahre untunlich. — Die Großbezugspreise für 100 Kg. Schlachtgewicht betrugen für Rinder im März bezw. Januar 140 bis 148 Mk. bezw. 146 bis 156 Mark, für Mastkälber 176 bis 206 Mk. bezw. 176 bis 196 Mk., für nüchterne Kälber 100 Mk., für Hammel 166 bis 170 Mk. und für Schweine 140 bis 150 Mk. bezw. 150 bis 158 Mk. — Die häufigsten Kleinhandelspreise stellten sich in denselben Monaten für 1 Kg. beim Rindfleisch von der Keule auf 1,50 Mk. bis 2,80 Mk. bezw. 1,60 Mk. bis 2,80 Mk., vom Bauch auf 1,40 Mk. bis 1,80 Mk. bezw. 1,50 Mk. bis 1,80 Mk., bei geräuchertem Speck auf 2 Mk. bis 2,40 Mk., bei hiesigem Schweineschmalz auf 1,70 Mk. bis 2,20 Mk., bei Eßbutter (Meiereibutter) auf 3 Mk. bis 3,10 Mk. bezw. 2,90 Mk. bis 3,10 Mk., bei Landbutter auf 2,50 Mk. bis 3 Mk. bezw. 2,40 Mk. bis 3 Mk., bei frischen Landeiern auf 6,7 bis 8,6 Pfg. bezw. 10 bis 13 Pfg. für das Stück, bei Schwarzbrot auf 20 bis 26 Pfg., und Feinbrot von 29 bis 36 Pfg. bezw. 28 bis 36 Pfg. für 1 Kg., bei Kaffee auf 3 Mk. bis 3,20 Mk., bei Margarine auf 1,60 Mk., bei Kartoffeln (Magnum bonum) für 5 kg. auf 40 Pfg., für lebende Dorsch für 1 Kg. auf 80 Pfg., für frische Dorsch 60 Pfg. bezw. 70 Pfg., für Butt auf 40 Pfg. bezw. 60 Pfg., für westfälischen Hartkoks bei 100 Kg. auf 3,50 Mk. bezw. 3,40 Mk. und für Lübecker Gaskoks auf 2,80 Mk. bezw. 2,70 Mk.

Anmeldungen zum Gewerbebetriebe erfolgten 208 (200), darunter 70 (58) von Händlern aller Art, 30 (14) von Agenten und Maklern und 18 (24) von Gast- und Schankwirten. Die Zahl der unter Gewerbeaufsicht stehenden Betriebe (Fabriken, Werkstätten mit Motorbetrieb und Bauhöfen) belief sich am 2. Januar auf 494 (497) und die der von ihnen beschäftigten Arbeiter auf 12 011 (11 013), darunter 3182 (2933) weibliche. Bei den wichtigeren Krankenkassen waren am 1. März 23 756 (22 307) Personen, darunter 5643 (5150) weibliche versichert. Die Arbeitsnachweise, die dem Reichs-Arbeitsblatt monatlich berichteten, vermittelten 897 (1273) Stellen, darunter 277 (300) an weibliche Personen. Arbeit wurde 3089 (3193) mal gesucht, offene Stellen waren nur 1376 (1666) vorhanden.

Bei den Sparkassen wurden 234 919 (490 149) Mk. mehr eingezahlt als abgehoben; der Ueberschuß der Einzahlungen war also um 255 230 Mk. geringer als 1912, wie denn überhaupt in den letzten Monaten das Gesamtguthaben der Einleger nur sehr wenig gewachsen ist. Ende März belief es sich auf 34 169 094 (33 075 135) Mk.

Aus der geschlossenen Armenpflege ist zu melden, daß im Siechenhaus 76 (82), im Armen-Arbeitshaus 82 (64) und in der Krankenstation 306 (280) Personen verpflegt wurden und daß im Asyl für Obdachlose 200 (198) hiesige und 1415 (902) fremde Obdachlose Aufnahme fanden, während im Polizeiasyl 1658 (3197) Personen nächtigten. Die Verschiebung zwischen den beiden letzten Asylen erklärt sich daraus, daß das Asyl für Obdachlose erheblich erweitert ist. Die Zahl der Arbeiter im freiwilligen Arbeitshaus endlich belief sich auf 259 (204).

Das Stadttheater wurde von 74 134 (71 229) Personen besucht. Der Besuch der Oper stieg gegen das Vorjahr um 4064 und der des Schauspiels um 1971, während der der Operette um 2921 geringer war.

Die Zahl der in den städtischen Heilanstalten verpflegten Kranken belief sich Ende März im Krankenhaus auf 216 (296) und in der Heilanstalt Strecknitz auf 314 (295). Die Verpflegungstage stellten sich während des Quartals im ersteren auf 25 676 (25 404) und in letzterer auf 27 689 (26 762). Anzeigepflichtige Krankheiten kamen 361 (459) zur Anmeldung, von denen 15 (24) einen tödlichen Verlauf nahmen. Am häufigsten kamen Masern vor, nämlich 177 (182) mal, Scharlach ward 101 (88) mal und Diphtherie 73 (114) mal gemeldet. Beerdigungen fanden 402 (413) statt. Die Zahl der Feuerbestattungen belief sich auf 33 (33).

In der Lübecker Badeanstalt wurden 6964 (7105) Wannen- und 450 (462) Brausebäder und im Volksbrausebad 1415 (1910) Brausebäder verabreicht. An Steuern und Abgaben endlich gingen 1 443 248 (1 357 912) Mk. ein. Mehr erbrachten die Einkommensteuer, ca. 62 000 Mk., die Schiffsabgaben, ca. 20 000 Mk., und die Erbschaftssteuer, ca. 5 000 Mk., erheblich weniger nur die Veräußerungsabgabe, nämlich 16 197 Mk.

b. **Elendsbilder.** Ein besonderes Kapitel aus dem Lübecker Schöffengericht. Erstes Bild: Das verführte Mädchen. Im Lübschen war ein Kind eines 17jähriges Mädchen im Dienst; es stammt aus einer Arbeiterfamilie mit 12 Kindern und hielt sich recht und schlecht. Sehr weit her kann da die Erziehung nicht sein, wo die Not des Lebens jede Stunde an die Tür pocht. Da tritt einer an sie heran und bestimmt sie, den Dienst zu verlassen. Vorerst kauft sich das Mädchen auf den Namen ihrer Schwester drei Blusen auf Kredit, versetzt zwei davon in Lübeck für 1 Mark und reist mit dem Verführer nach Hamburg. Nachdem dieser seiner Lust gefrönt, läßt er das Mädchen mittellos auf der Straße stehen. Der Kinderschutzverein in Hamburg liest das tatsächlich noch halbe Kind auf, steckt ihm ein Billett nach Lübeck in die Hand und hat so die erste Hilfe geleistet. Mittellos betritt das Mädchen wieder Lübecker Boden, das Schuldbewußtsein verhindert das Weiterschreiten. Und der Hunger meldet sich ebenfalls. Irgendeiner erspäht den Leckerbissen, nimmt die Kleine auf die Stube und gibt ihr zu essen. Sie gibt ihren Leib preis. Notabene, nur für das Essen. Am andern Tag wiederholt sich, eben des Hungers wegen, derselbe Vorfall. Zwei Tage später steht das Mädchen vor dem Richter, verantwortet sich gegen die Anklage des Diebstahls und der gewerbsmäßigen Unzucht, wird zu 5 Tagen Gefängnis und ebensoviel Haft verurteilt, genießt fürs erstemal die bedingte Begnadigung — und Leute mit ethischer Erziehung und dem nötigen Geld in der Tasche rümpfen über „so eine" die Nase. — Zweites Bild: Der „Krüppel" als Lehrling. Er war früher in der Kinderpflegeanstalt, hat einige körperliche Leiden: halbgelähmtes Bein und einen halbgelähmten Arm. Sonst ein anderes Bürschchen mit nettem Gesicht. Er kommt zu einem Bäcker in die Lehre, wird dort fast nur als Knecht betrachtet, findet dies Verhältnis nach längerer Zeit nicht mehr haltbar, läuft davon, geht zum Vormund und Pastor, kommt zu einem zweiten Meister. Der übt seit 28 Jahren im Handwerk, hat manchen Lehrling ausgebildet — aber aus dem Krüppel ist nichts zu machen. Die alte Lehrmethode paßt da nicht, also versucht ers mit entsprechenden Bemerkungen und Prügel. Es ist ja nur ein Armenkind. Der Junge ist zwar willig, aber etwas unbehilflich, eben seiner körperlichen Leiden wegen. Der „Krüppel", der mit den „X-Knochen", ist wohl willig, es geht aber nicht immer so schnell wie es sollte. Er muß sich in die Ecke stellen und 50mal die Kunden nachsprechen, die andern Lehrkollegen amüsieren sich darüber. Wenn der schwere Gang des Jungen in der Backstube zu langsam erscheint, wird mit der Semmelkrücke oder einem Fußtritt in die Kniekehle nachgeholfen. Beim Feinbrotabwiegen macht er zum zweitenmal einen Fehler. Bautz fliegt die Faust ins Gesicht, daß die Nase blutet. Als er sich in dem Eimer abwaschen will, wird er hinaus auf den Hof geschickt im Februar, nur mit Hose und Schuhe bekleidet, ohne Hemd. Das Handtuch darf er nicht benutzen, in der Ecke liegen zwei alte Säcke, die sind gut genug für ihn. Er ist nicht sauber genug, muß nochmal in die kalte Nacht hinaus. Zu den Lehrlingen wird gesagt, während sich der arme Teufel draußen den Schnupfen holt: den wollen wir nachher noch ordentlich abschruppen. Beim Vorübergehen steht einmal ein Bein im Wege, das andermal die Backschaufel. Natürlich nicht mit Willen. Einmal spuckt ihm der Meister ins Gesicht; so zufällig wohl nur. In Rothebeck passiert ein abscheulicher Mord, der Meister liests und sagt mit einem Blick auf den Lehrling: Das ist so die Art, gerade so einer wie dieser; erst werden sie vom Armenhaus unterhalten, dann machen sie so etwas. Eine solche Behandlung vertrage der Teufel. Und weinen durfte der Junge nicht, wenns der Meister sah. Nur etwas gabs, wenigstens satt und gut zu essen, dabei untersteht sich der arme Kerl und ißt trotzdem ein Franzbrot ohne Einwilligung auf! Ganz richtig betonte der Staatsanwaltschaftsvertreter: „Mit Krüppel- und X-Knochen-Titulaturen erzieht man keinen Lehrling, der körperliche Gebrechen aufweist, solche Menschen müssen eher moralisch geschützt werden." Er beantragte 100 Mk. Geldstrafe. Das Gericht glaubt dem Lehrling — dessen Aussagen teilweise durch seine früheren Kollegen unterstützt werden — in vollem Umfange, sieht als besonders unangebracht den Vergleich mit dem Mörder und das Ins-Gesicht-spucken an, ermäßigt die Strafe aber mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit des Bäckermeisters, und daß solche Fälle bei ihm noch nicht vorgekommen sind, auf 60 Mark Geldstrafe. — So ist der Weg armer Kinder mit Dornen besät. Manch einen erfaßt mit der Zeit die Wut und dann wundert man sich mehr über den jungen Verbrecher als über das Fehlen des Herzens über dem runden Bauche eines Bäckermeisters.

b. **Schöffengericht** am 22. Mai. Wird dem Jungen mehr geglaubt als mir? Diese Frage stellte ein Schneidermeister mit 6000 Mark Einkommen, der wegen mehrfachen Vergehens gegen das Kinderschutzgesetz angeklagt war. Während der Knabe bei seiner polizeilichen Vernehmung genau angab, daß er wiederholt die 2stündige Mittagspause nach der Schule nicht einhalten konnte, daß er abends länger als bis 8 Uhr und an Sonntagen während der Kirchzeit beschäftigt wurde, sollte dies alles bei der heutigen Vernehmung nicht wahr sein! Auf energischen Vorhalt des Richters gab der Knabe endlich zu, daß seine erste Aussage doch auf Wahrheit beruhe. Es sei ihm kurz vorher vom Angeklagten in den Mund gelegt worden, was er hier sagen solle. Daraufhin frug der Mann mit oben angegebenen eigenartigen Worten, womit natürlich der arme verschüchterte Junge zum Lügner gestempelt werden sollte. Besondere Auszeichnung kann sich ein erfahrener Mann durch eine derartige Verteidigung sicherlich nicht erwerben und als erzieherisches Beispiel einem Kinde gegenüber wirkt sie nicht. Er wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, 15 Mark waren beantragt. — Chronischer Alkoholismus und Delirium brachten den hiesigen Gelegenheitsarbeiter L. verschiedene Male ins Krankenhaus und verursachten dem Staate Kosten. Die Rettung schien trotz Gefängnis und Arbeitshaus nicht gelungen, der kräftige ledige Mann trug zum Unterhalt seiner Eltern nichts bei. 6 Wochen Gefängnis und wiederholte Überweisung an die Landespolizeibehörde soll ihn aufs neue Mores lehren. — Der kreuzfidele Kupferschmied. 35 Mark bezahlt ein junger Kupferschmied Sp., der seine Maigefühle durch dröhnende Nachtgesänge kundtat und von dem ihn verhaftenden Polizisten verlangte, er solle 50 genau abgemessene Schritte hinter ihm hergehen. Es folgte darauf eine gewaltsame Widersetzung im Rausch, die das oben angegebene schöne Geld kostet. — Schlechte Geschäfte machten die Gebrüder F., die in der Mühlenstraße im Herbst vorigen Jahres ein Tapeten- und Lederwarengeschäft errichteten. Nachdem sie etwa ein Vierteljahr lang vergeblich versuchten, ihr junges Unternehmen in die Höhe zu bringen, wurden sie mit Schrecken gewahr, daß es damit immer mieser wurde. Endlich kamen die sehr jungen Geschäftsgründer der Geschichte auf den Grund: vor ihrem Laden war eine Kellerluke, die ein Weinhändler sehr oft am Tage öffnete und dadurch verhinderte, daß Schau- und Kauflustige näher an den Laden treten konnten. Die Brüder wandten sich durch einen Vermittler an die Besitzerin resp. deren Erben in Hamburg und forderten innerhalb weniger Tage Abhilfe, widrigenfalls fristlose Kündigung erfolgen würde. Da sich die Aufgeforderten daran nicht kehrten, packten kurz vor Weihnachten die F.s ihre Waren während der Nacht ein und zogen am andern Morgen nach der Breiten Straße, wo ihre Mutter einen neuen Laden zu dem doppelten bisher gezahlten Preise gemietet hatte. Das ließen sich die Erben nicht gefallen; sie sahen sich geschädigt, da die Angeklagten nicht Besitzer des Lagers waren, sondern dieses ihrer Mutter als Eigentum übertragen hatten, die zur Gründung 2800 Mark einschoß. Etwas brenzlich ist diese Vertragsgeschichte mit der Mutter, da sie erst einen Tag vor Absendung des Forderungsbriefes an die Hausbesitzerin notariell beglaubigt worden ist. Durch das Wegschaffen der Waren werden die jungen Leute der Pfandverschleppung beschuldigt. Denn der Laden war auf 3 Jahre gemietet, für den Mietzins sollte das Warenlager haftbar sein. Wenige Wochen nach dem Umzug ging die Firma F. hops. Der Staatsanwalt plädierte auf schuldig und beantragte je 3 Monate Gefängnis. Das Gericht konnte eine böse Absicht in dem Vorgehen der Angeklagten nicht sehen. Eine Wegnahme der Mietssachen sei wohl erfolgt, doch habe ihnen die Rechtswidrigkeit gefehlt. Die Angeklagten seien deshalb freizusprechen. Ein gewisser Verdacht lasse sich immerhin nicht aus der Welt schaffen. — Das Urteil gegen die Gebrüder A. in dem Straßenbahnerprozeß, über den wir am Mittwoch berichteten, lautet auf je 60 Mark Geldstrafe. Der mitangeklagte Bureaugehilfe W. wurde freigesprochen.

Eine Schweinezählung findet am 2. Juni 1913 im lübschen Staatsgebiet — wie im gesamten Deutschen Reich — statt. Das Statistische Amt erläßt dieserhalb folgende Bekanntmachung: Die Aufnahme der Schweine erfolgt in den einzelnen Gemeinden dergestalt, daß die in jeder Haushaltung (sei es auf dem Gehöft selbst, in Haus, Stall, Scheune, Schuppen, Hof und Garten, sei es in Außenwerken oder auf Wiese, Weide, Feld usw.) vorhandenen Schweine anzugeben sind. Dabei ist gleichgültig, wer Eigentümer der Schweine ist; auf längere Zeit eingestellte Schweine werden wie eigene behandelt. Auch die in Schlachthäusern befindlichen und auf Viehhöfen in Fütterung stehenden Schweine sind aufzunehmen. Mit aufzuzeichnen sind Schweine, die vorübergehend (auf Reisen, Fuhren usw.) abwesend sind, sowie Schweine, welche im Laufe des 2. Juni verkauft werden. Nicht mit aufzuzeichnen sind dagegen Schweine, welche im Laufe des 2. Juni erst gekauft werden oder nur zufällig und vorübergehend anwesend sind. Schlächter und Händler haben auch die bei ihnen stehenden oder im Laufe des Zähltages eintreffenden und in der Nacht vom 1. zum 2. Juni auf dem Transport gewesenen, zum Schlachten oder Verkauf bestimmten Schweine aufzuführen, sofern sie nicht etwa erst am 2. Juni gekauft sind. Die Zählung geschieht mittels Zählungslisten, deren Ausfüllung in der Stadt Lübeck durch Beauftragte des Statistischen Amtes und in den übrigen Gemeinden des Lübeckischen Staates durch die Gemeindevorstände zu geschehen hat. Die Haushaltungsvorstände oder deren Vertreter haben den Zählern jegliche auf die Zählung bezügliche Auskunft zu erteilen.

Für die Ermittelung der Brandstifter, die in letzter Zeit Lübeck unsicher gemacht haben, ist nunmehr eine Belohnung von insgesamt 12 000 Mk. ausgesetzt worden, nachdem auch die geschädigte Firma H. F. Boldt 500 Mk. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat. Obwohl im Laufe der letzten Tage mehrere Verhaftungen in dieser Angelegenheit vorgenommen worden sind, ist es bisher noch nicht gelungen, den oder die Täter zu ermitteln.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat April d. J. 7 Personen, darunter 3 weibliche, vor dem hiesigen Amtsgericht. Weitere 2 Frauen beriefen sich auf den von ihnen vor einem auswärtigen Gericht geleisteten Offenbarungseid.

pb. **Entwendete Stiefel.** Am 22. ds. Mts. sind aus einem Hause der Krähenstraße 1 Paar sogenannte Jagdstiefel mit Doppelsohlen und Lederriemen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Der Zirkus E. Blumenfeld Wwe. veranstaltet morgen nachmittag 4 Uhr eine große Familienvorstellung zu ermäßigten Preisen. Am Sonntag nachmittag und abends finden unwiderruflich die beiden letzten Vorstellungen statt. Bemerkt sei ausdrücklich, daß auch die Abendvorstellung mit unverkürztem Programm vorgesehen ist.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonnabend, dem 24. Mai, abends von 5 bis 7¼ Uhr, im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde", statt.

Ratzeburg. Achtung, Parteigenossen! Am Sonntag, dem 25. dieses Monats, abends 7 Uhr, findet im Lokale der Wwe. Kopp die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, u. a. wird diese Versammlung sich mit Gemeindeangelegenheiten beschäftigen, ist es Pflicht der Genossen alle zu erscheinen.

Altrahlstedt. Unterschlagung bei der Lübeck-Büchener Bahn. Der Eisenbahndiätar L. ist unter Mitnahme von 1600 Mk. aus der Stationskasse der Lübeck-Büchener Eisenbahn geflüchtet. Es wurde bekannt, daß ein Kontrolleur der Eisenbahn zur Revision kommen würde, worauf L. sich entfernte und nicht wiederkam.

Hamburg. Großer Scheunenbrand in der Hornerlandstraße. In der Nacht zum Donnerstag flammte wenige Minuten nach 12 Uhr in einer der hinter dem Gutshof des Gutsbesitzers Krogmann, Hornerlandstraße Nr. 104/126 belegenen Scheune ein Feuer auf, das sich rasend schnell verbreitete und innerhalb kurzer Zeit auf die benachbarte Scheune übersprang. Die Rettung des gesamten Viehbestandes glückte bis auf ein Schwein, das in den Flammen umkam. Die Erntevorräte konnten aber nicht mehr gerettet werden, da beide Scheunen ein einziges Flammenmeer bildeten und bald darauf in sich zusammenstürzten, wo die Trümmer mit dem Inhalt eine gierige lodernde Flammensäule abgaben. Das Feuer ergriff auch noch die Stallungen sowie einen massiven Schuppen. Die Stallungen wurden nebst den darin befindlichen Wagen und Geräten gleichfalls ein Raub der Flammen, während der massiv gebaute Schuppen soweit erhalten blieb. Nur der Inhalt und das Dach wurden vernichtet. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehr-Feldwebel erheblich verletzt. Als das Feuer entdeckt wurde, sah man zwei jüngere Leute eiligst den Hof des Krogmannschen Gewerbes verlassen. Da als Ursache des Feuers Brandstiftung angenommen wird, verhaftete man die beiden verdächtigen Personen. Sie bestreiten, das Feuer angelegt zu haben und sind bisher auch durch nichts überführt.

Flensburg. Feuersbrünste. Durch Großfeuer wurde Donnerstag abend die Sanitätsmolkerei von Heinrich Petersen völlig eingeäschert. Das Vieh konnte gerettet werden. Die mit allen Zügen erschienene Feuerwehr konnte nicht verhindern, daß das Feuer auch auf das Holzlager des Bauunternehmers Boysen übersprang. Die Gefahr für die Nachbargrundstücke war groß. — Mittwoch nachmittag sind die umfangreichen Wohn und Wirtschaftsgebäude des Gutes Düttebüll bei Gelting, dem Baron v. Hobe gehörig, abgebrannt. Den Feuerwehren gelang es, das Herrenhaus und das Meiereigebäude zum Teil zu erhalten. Alles Inventar verbrannte. Das Vieh wurde bis auf eine Anzahl Schweine gerettet.

Sonderburg. Preußische Kulturmission in Nordschleswig. In Lysabel auf Alsen wurde ein junger Reichsdäne, der dort bei einem Landwirt beschäftigt war, mit zweitägiger Frist ausgewiesen, weil er an einer geselligen Zusammenkunft in dem dänischen Versammlungshause in Tandslet teilgenommen hatte. Das Versammlungshaus wird von einer Verwandten des Ausgewiesenen verwaltet. Im dänischen Landmannsheim in Jels veranstaltete eine Anzahl Missionschriften eine private Zusammenkunft, in der man sich mit der skandinavischen Seemannsmission in Kalkutta beschäftigen wollte. Als Referentin hatte man eine aus Indien zurückgekehrte Missionärin, Frau Franks, bestellt, die die englische Staatsangehörigkeit besitzt. Kaum hatte diese mit ihrem Vortrage begonnen, als ein Gendarm erschien und sie aufforderte, sofort mit zum Amtsvorsteher zu kommen. Vom Amtsgewaltigen wurde ihr plausibel gemacht, daß es nicht mit den Interessen des preußischen Staates vereinbar sei, den Vortrag fortzusetzen, und daß ein Zuwiderhandeln unverzüglich die Ausweisung nach sich ziehen würde. Da die Dame sich dieser Gefahr nicht aussetzen wollte, und ihr jede Absicht fern lag, den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern, respektierte sie das Verbot und gab den erschienenen Missionschriften anheim, den preußischen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch wegen eines Zuschusses an den Verein für Kinderheilanstalten zu beraten. Der Verein, der Kinder in jedem Lebensalter in seinem Krankenhause aufnimmt, vermochte den an ihn gestellten Anforderungen in finanzieller Hinsicht nicht mehr zu genügen, und beantragte deshalb, daß der Staat das Defizit übernehmen möge. Genosse Waigand wies darauf hin, daß es für eine Großstadt wie Bremen sehr bedenklich sei, wenn, wie aus dem erstatteten Bericht hervorgehe, Kinder im Krankenhause infolge ungenügender Isolierräume durch Scharlachkranke infiziert würden. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das geplante neue städtische Kinderkrankenhaus bald in Angriff genommen wird. — Die Schaffung einer Nebenstelle für die Freibank wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; es würden angeblich zu hohe Kosten entstehen. — Das Budget des Schlachthofes sah eine Amortisationsquote von 4 % vor. Nach nochmaligen Verhandlungen wurde nun eine dreiprozentige Amortisation beschlossen. Die Schlachtermeister schlagen bei jeder Gelegenheit ein großes Lamento, wenn ihnen auf dem Schlachthofe Vorschriften finanzieller oder hygienischer Art gemacht werden. Durch ihre straffe Organisation und in Verbindung mit den Viehkommissionären haben sie aber die Machtmittel, die Konsumenten auszubeuten und jede Konkurrenz durch Boykott (die Viehkommissionäre dürfen an Boykottierte kein Pfund Fleisch liefern) niederzuhalten. Wenn die Viehpreise steigen, wird sofort der Fleischpreis erhöht, aber nicht heruntergesetzt, wenn die Viehpreise fallen.

Oldenburg. Fünfzehn Jahre Gefängnis. Mit der Sengwarder Bluttat beschäftigte sich Mittwoch das Landgericht. Am 15. März wurde in einem Graben bei Sengwarden, die mit mehreren Stichwunden versehene Leiche des 16jährigen Haussohnes Tjarks aufgefunden. Die Nachforschungen ergaben, daß der junge Tjarks am Tage zuvor Milch nach Rüstringen gebracht, dort den Betrag hierfür eingezogen und abends den Heimweg auf seinem mit einem Pferde bespannten Milchwagen angetreten hatte. Er kehrte aber nicht nach Hause zurück. Das Gespann traf vielmehr allein gegen Mitternacht auf dem väterlichen Hofe ein. Nach kurzer Zeit wurde die Leiche gefunden. Da das einkassierte Geld 15 bis 20 Mark, fehlte, mußte Raubmord angenommen werden. Die Schritte der Gendarmerie führten zur Verhaftung des Gelegenheitsarbeiters Anton Fähnders. Bei der Haussuchung fand man in einem Verstecke einen größeren Geldbetrag, über dessen Erwerb sich F. nicht auszuweisen vermochte. Er bequemte sich schließlich zur Ablegung eines Geständnisses und gab zu, daß er den jungen T. gebeten habe, ihn mit auf den Wagen zu nehmen. Nach kurzer Zeit seien beide wegen Geldsachen in Streit geraten, der schließlich dazu führte, daß er das Messer gezogen und nach Tjarks gestochen habe. Ihn zu töten, habe er nicht beabsichtigt. Fähnders war zur Zeit der Tat noch nicht volle 18 Jahre, deshalb erhielt er wegen Totschlags 15 Jahre Gefängnis.

Kommunales.

Preußische Landtagswahlmethoden im Goetheländchen. In Ilmenau i. Th. war der staatliche Holzhauer Gustav Heinz zum städtischen Forstaufseher gewählt worden. Da unsere Genossen im dortigen Gemeinderat die Mehrheit haben, ist es zur Gewohnheit geworden, gegen die Beschlüsse beim Bezirksdirektor oder Bezirksausschuß Einspruch zu erheben. Das geschah auch bei dieser Wahl mit dem Erfolg, daß die Wahl vom Bezirksausschuß annulliert wurde. Diesem Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde dadurch noch eine besondere Note gegeben, daß gleichzeitig an der Protokollführung unseres Genossen Zang Kritik geübt wurde. Dem Gemeinderat wurde empfohlen, einen Beamten mit der Führung des Protokolls zu beauftragen. Der Gemeinderat beschloß darauf einstimmig, daß er mit der Protokollführung des Gen. Zang durchaus einverstanden ist und sie als einwandfrei anerkenne. Der Bürgermeister erhielt den Auftrag, dem Bezirksdirektor (Landrat) diesen Beschluß mit dem Hinweis mitzuteilen, daß dem Gemeinderat das alleinige Recht zustehe, sich den Protokollführer zu wählen. — Man darf gespannt sein, was nun der Vormund der Stadtgemeinde Ilmenau unternehmen wird, denn schon mehrere Male ist der Versuch gemacht worden, den unbequemen Schriftführer des Gemeinderats zu beseitigen.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.

„Neue Zeit", Heft 34.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. — LÜBECK — HOLSTENSTR.

FÜR JE 20 PFENNIG IHRES EINKAUFS ERHALTEN SIE **EINE RABATT-MARKE**

Wir offerieren besonders billig:

4089

Große Posten Waschstoffe

Zephirstoffe f. Blusen u. Kleider, in neuest. Streifen Meter	1.50	70 ₰	60 ₰	48 ₰	30 ₰
Bedruckte Musseline mit u. ohne Bordüre Meter	75 ₰	60 ₰	45 ₰	35 ₰	28 ₰
Reinwollene Musseline in neuester Ausmuster. Meter	1.65	1.35	1.25	85 ₰	60 ₰
Crêpon u. Crêpoline leichtgekräuselte Sommerstoffe . . . . Meter			1.50	1.20	90 ₰
Weiße Seidenbatiste ca. 120 cm breit . . Meter	1.65	1.30	1.00	85 ₰	75 ₰
Weiße getupfte Mulle auch mit Seidenglanz Meter	1.35	90 ₰	75 ₰	60 ₰	45 ₰
Weiße Stickereistoffe und gestickte Volants Meter	4.50	3.25	2.40	1.50	95 ₰

Große Posten Schürzen

Wirtschafts-Schürzen aus imit. Wiener Leinen, volle Weite	2.25	1.75	1.55	1.25	90 ₰
Blusenschürzen aus bedrucktem Satin und Wiener Leinen-Nachahmung	2.50	1.95	1.65	1.45	1.25 M.
Weiße Tändelschürzen mit Stickerei-Volant und Zwischensätzen	1.85	1.65	1.25	95 ₰	65 ₰
Farbige Tändelschürzen aus Satin u. Wiener Leinen-Imit.	1.65	1.25	95 ₰	75 ₰	40 ₰
Kinder-Schürzen in reizender Machart	1.55	1.45	1.25	95 ₰	75 ₰
Russenkittel mit Spieltasche oder Faltenvolant	2.50	1.75	1.55	1.25	95 ₰

Große Posten Leibwäsche

Damen-Taghemden Vorder- und Achselschluß m. Languett. u. Wäscheborde	1.25	1.45
Ausstattungs-Hemden m. Stickerei-Spitzen und Zwischensätzen	1.65	1.95
Damen-Beinkleider mit Languetten und Stickerei-Zwischensätzen	1.15	1.45
Damen-Nachtjacken aus Croise mit Spitzen und Languetten	1.25	1.65
Elegante Untertaillen m. Stickerei-, Klöppel-Zwischensätzen u. Banddurchz.	1.25	1.75
Weiße Unterröcke mit Stickerei-Volant	1.65	2.75
Eleg. weiße Unterröcke m. Klöppelvolant, Stick.-Zwischensätz. u. Hohlsaumarb.	4.25	4.80
Herren-Taghemden aus durablem Wäschetuch mit Falten	1.75	2.25

Große Ladungen

Stangenspargel täglich frisch . . . Pfund	60 ₰	45 ₰	20 ₰
Neue Schabekartoffeln . . . . . Pfund			20 ₰
Salat-Gurken . . . . . Stück	30 ₰	25 ₰	20 ₰
Gelbe Bananen . . . . . 10 Stück			58 ₰

Junger Spinat . . . . Pfd.	9 ₰	**Rhabarber** . . . 3 Bund	10 ₰
Junger Kopfsalat 2 Kopf	9 ₰	**Stachelbeeren** . . . . Pfd.	25 ₰
Sauerampfer . . . . Pfd.	10 ₰	**Austr. Tafeläpfel** . . Pfd.	45 ₰
Blumenkohl . Kopf	30, 25, 20 ₰	**Koch-Aepfel** . . . . . Pfd.	18 ₰
Radieschen . . . 2 Bund	9 ₰	**Zitronen** . . . 10 Stück	48 ₰

Holsteiner Landschinken im ganzen . . . . . Pfd.	1.35
Schinkenspeck mager . . . . . Pfd.	1.20
Preetzer Landmettwurst . . . . . Pfd.	1.50
Land-Leberwurst . . . . . Pfd.	60 ₰

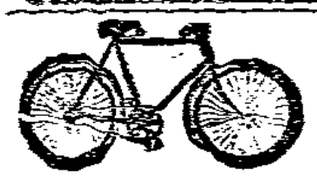
Blutwurst . . . . . Pfd.	80 ₰	**Gekochter Schinken** Pfd.	200 ₰
Sülze . . . . . Pfd.	80 ₰	**Schweinebraten** . . Pfd.	200 ₰
Hildesh. Leberwurst Pfd.	110 ₰	**Sardell.-Leberwurst** Pfd.	120 ₰
Hamburger Gekochte Pfd.	110 ₰	**Zungenwurst**, imit. . Pfd.	140 ₰
Teewurst . . . . . Pfd.	120 ₰	**Corned beef** . . . . Pfd.	110 ₰

Kunsthonig weiß . . . . . Pfd.	29 ₰
Frischobst-Marmelade . . . . . Pfd.	34 ₰
Schweineschmalz garantiert rein . . . . . Pfd.	78 ₰
Große frische Eier . . . . . 10 Stück	68 ₰

Tilsiter Käse . . . . Pfd.	80 ₰	**Limburger Käse** . . . Pfd.	40 ₰
Edamer Käse . . . . Pfd.	80 ₰	**Harzer Käse** . . . 4 Stück	10 ₰
Schweizerkäse . . . Pfd.	95 ₰	**Romadour** . . . . . Stück	24 ₰
Schafkäse, imit. . . . Pfd.	70 ₰	**Camembert** . . Schachtel	24 ₰
Fromage de Brie . . Pfd.	100 ₰	**Roquefort** . . . . . Pfd.	180 ₰

Vom hiesigen Schlachthof:

Ia. junges Rindfleisch	75 ₰	**Bratenstücke** Pfd.	80 u. 90 ₰
Ia. junges Schweinefleisch	80 ₰	**Bratenstücke** Pfd.	90 ₰
Ia. junges Kalbfleisch . .	65 ₰	**Bratenstücke** Pfd.	80 ₰



Corona- u. Göricke-Fahrräder

haben sich seit Jahren als leichtlaufend und sehr haltbar erwiesen und sind daher allen Radfahrern als beste Räder sehr zu empfehlen. 4919

Th. Vedder, Friedenstraße 1.

Fahrradhandlung und Reparatur-Werkstatt.

Hierdurch die ergebene Nachricht, daß ich die (4026

Schlachterei u. Wurstmacherei mit Kraftbetrieb

Schwartau, Eutiner Straße 5,

wieder eröffne und es mein Bestreben sein wird, durch gute Ware und aufmerksame Bedienung mir das Wohlwollen eines verehrten Publikums zu sichern. Um Unterstützung meines Unternehmens möchte ich höflichst bitten.

Schwartau, den 22. Mai 1913. **Wilhelm Reimers.**

Sämtliche Fleischwaren befinden sich auf Eis.

Pa. ger. Schulterschinken, Landrauchart, in Stücken pr. Pfd. **110 ₰**

Pa. geräucherten Schinken . in Stücken pro Pfund **125 ₰**

Pa. dicke frische Flomen . . . . . pro Pfund **70 ₰**

Pa. Schweinefl., Bratenfl. Pfd. 85 ₰
„ Eisbeine . . . . . 50 ₰
„ fetten u. mageren Speck b. Abn. v. 4 Pfd. Pfd. **90 ₰**

Pa. junges Rindfleisch Pfd. 80 ₰
„ ger. Schweinsbacken Pfd. 90 ₰
„ bestes weißes Schmalz b. Abn. v. 4 Pfd. Pfd. **80 ₰**

Rinderteuter Spezialität seit über 30 Jahren, **pro Pfd. 65 Pfg.**

Karl Lahrtz, vormals M. Lahrtz, **Böttcherstr. 14-16.**

Ia. dicke Flomen Pfd. 70 Pfg.

Schinkenspeck u. Schinkenstücke Pfd. 110 Mk.

Rollschulter, Spießbratenschmalz Pfd. 70 Pfg. 4040

Friedr. Paetau

27 Mühlenstr. 27.

Pa. Rauchfleischschinken, 10 Pfd. 2 Mk., 10 Pfd. 20 Pfg., mittl. 10 Pfd. 1 Mk., lange gute Mart, 10 Pfd. 250 Mk., 10 Pfd. 2 Pfg., gute Speck, 10 Pfd. 3 Mk., 10 Pfd. 35 Pfg., empfiehlt (45) **E. Presin,** Mühlenstr. 60.

Achtung!

Radfahrer!

Neue Fahrräder von 55 Mk.

mit Freilauf und Rücktritt.

Ketten von 1.50 Mk. an.

Pedale von 2.00 Mk. an.

Sämtliche Ersatzteile dauernd billig.

4021

H. Krohne, Schwartau.

Gewerkschaftskartell Schwartau.

4022

Achtung! Achtung!

Wirte, Karusselbesitzer und Händler, welche beabsichtigen, auf dem Gewerkschaftsfest am Sonntag, dem 6. Juli, auszustehen, werden ersucht, sich bis spätestens den 1. Juli zu melden bei dem Genossen J. Keielhahn, Schwartau, Augustfür. 3.

Die Arbeitsgarderoben von

Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —

sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhosen	1.40	bis	3.50
Pilothosen	2.50	bis	5.50
Maurerhosen	2.90	bis	7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis	9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis	5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.

Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

(90)

---

(41) **Hans Köppen**

Goldschmied und Graveur

Lübeck

4 Sandstraße 4.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie **billig** und **reell** bei

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

z. B. kompl. Betten v. **12.50** Mk. an, Federn per Pfd. v. **45** Pf. b. 4 Mk.

(62) **Rote Lubeca-Marken.**

Geschäfts-Eröffnung Beckergrube 31.

Gratis ½ Pfd. Blockschokolade. — **Gratis** ½ Pfd. Blockschokolade.

Am Sonnabend, dem 24. Mai, eröffne ich in der Beckergrube **31** ein

Spezial-Butter- u. Margarine-Geschäft.

Zur Einführung meiner erstklassigen Margarine-Spezialmarken erhält jeder Käufer beim Einkauf von 4038

1 Pfd. Margarine a 80 ₰ oder **1 Pfd. Margarine a 90 ₰** } ½ Pfd. garantiert reine Blockschokolade **gratis.**

Feinste Meiereibutter Pfd. 1.15 Mk.
Ia. Blasenschmalz Pfd. 75 Pfg.

Gebe auf sämtliche Waren Rabattmarken.

Hochachtend

Martin Wegener.

Man abonniert jederzeit auf das **schönste und billigste Familien-Witzblatt**

Meggendorfer-Blätter

München ⁂ Zeitschrift für Humor und Kunst ⁂ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ⁂

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Meierei Schwartau

Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144

liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 118. Freitag, den 23. Mai 1913. 20. Jahrg.

Ein Polizeibericht.

In dem Verwaltungsbericht des königlichen Polizei-Präsidiums von Berlin für die Jahre 1871 bis 1880 findet sich ein Abschnitt über die politische Polizei, und besonders über ihre Tätigkeit auf dem Gebiet des Versammlungs- und Vereinswesens, der in mehrfacher Hinsicht ein erhebliches Interesse beanspruchen kann. Wir geben nachfolgend diesen Abschnitt in seinem wesentlichsten Teile wieder und fügen einige Anmerkungen hinzu:

Versammlungen und Vereine.

Die polizeiliche Tätigkeit in dieser Richtung wird in erster Linie bestimmt durch die Verordnung betreffend die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1850.

Von den unter diese Verordnung fallenden Vereinen nahmen bis zum Erlaß des Socialistengesetzes nur diejenigen politischen und gewerkschaftlichen Vereine fast ausschließlich die Aufmerksamkeit in Anspruch, welche socialdemokratischen Bestrebungen huldigen.

Bis zur Mitte der 60er Jahre war der wichtigste dieser Vereine der über ganz Deutschland verbreitete und auch in Berlin durch eine „Gemeinde" vertretene (Lassallesche) Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein". Wenngleich die einzelnen Gemeinden desselben nur in ganz loser Verbindung mit dem in Leipzig unter B. Beckers Leitung befindlichen Central-Verein standen und deshalb als selbständige Vereine betrachtet werden mußten, so konnte man sie, trotz des darin liegenden Verstoßes gegen den § 8 der Eingangs allegirten Verordnung, so lange sie sich im Uebrigen in besonnenen und gesetzlichen Bahnen bewegten, doch gewähren lassen und sich darauf beschränken, ihre Bestrebungen zunächst genau zu beobachten. Erst die Vorgänge aus Anlaß des bekannten Cölner Abgeordnetenfestes führten dazu, die Berliner Gemeinde im Juli 1865 zunächst polizeilich, alsdann gerichtlich zu schließen.

Ein neuer „socialdemokratischer Arbeiter-Verein", welcher sich im Jahre 1866 in Berlin bildete, ging mit dem Ende desselben Jahres an inneren Streitigkeiten zu Grunde, und die gesammte socialdemokratische Bewegung nahm merklich ab, erlangte jedoch bald nach dem Kriege 1870/71 von Neuem eine um so größere Bedeutung.

Im ganzen Lande bildeten sich neue Vereine mit offen ausgesprochener socialistischer Tendenz und in Berlin schlugen diejenigen ihren Sitz auf, welche sehr bald als die bedeutendsten und gefährlichsten erkannt werden mußten, so z. B. der neu gebildete „Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein", der „Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauerbund", der „deutsche Zimmerer-Verein", der „deutsche Schuhmacher-Verein" und andere mehr, während an anderen Orten sich Zweigvereine derselben bildeten.

Aufgabe der Polizei war es nunmehr, durch vertrauliche Ermittelungen, durch Haussuchungen, durch Ueberwachung der Versammlungen und durch sorgfältigste Durchsicht sämmtlicher socialistischer Preßerzeugnisse sich über die Verbreitung dieser Vereine in Grundlagen für das demnächstige gerichtliche Einschreiten zu sammeln. Das letztere erfolgte 1874/75, und es wurden die genannten, sowie eine ganze Reihe gleichartiger Vereine gerichtlich geschlossen.

Damit trat der Kampf nur in ein neues Feld, denn die Vereine siedelten nach Orten außerhalb Preußens über und setzten ihre Tätigkeit von dort aus fort, unter dem Vorgeben, daß sowohl sie, wie ihre Mitgliedschaften, welche sich über das ganze Land verbreiteten, neu gegründet und mit den geschlossenen nicht identisch seien. Außerdem bildeten sie tatsächlich neue Vereine mit denselben Tendenzen.

Es kam nunmehr für die Polizei darauf an, einerseits Beweise für diese Identität zu beschaffen, um ein wiederholtes gerichtliches Einschreiten gegen die in Berlin bestehenden Mitgliedschaften, entweder wegen Fortsetzung der Tätigkeit eines geschlossenen Vereins, oder wegen Verbindung mit andern politischen Vereinen zu ermöglichen, andererseits bis zu diesem Moment die Fortsetzung der Tätigkeit der alten Vereine, sowie die Bildung neuer möglichst zu hindern.

Das erstere war außerordentlich schwierig, weil seit Verlegung der Centralsitze aus Preußen der Einblick in die inneren Verhältnisse und Verbindungen fehlte.

In Ausführung der zweiten Maßregel konnte, sobald ein Verein angemeldet wurde, gegen den begründeter Verdacht vorlag, daß er nur die Fortsetzung eines geschlossenen sei, die in der Verordnung vom 11. März 1850 vorgesehene Bescheinigung über die Einreichung der Statuten usw. versagt und der Verein dadurch verhindert werden, in Tätigkeit zu treten, ohne zugleich gegen das Vereinsgesetz zu verstoßen; ebenso wurde die Bescheinigung über Anmeldungen von Versammlungen versagt, von denen zu erwarten war, daß damit die Thätigkeit eines geschlossenen Vereines wieder aufgekommen werden sollte.

Diese Maßregel zur Verhinderung der Neubildung der aufgehobenen Vereine, sowie zahlreiche Bestrafungen, welche im Laufe der Zeit gegen Vorsteher und Mitglieder socialistischer Vereine erfolgten, genügten indeß keineswegs, um diese bedenkliche und staatsgefährliche Tätigkeit der socialdemokratischen Partei hintanzuhalten, da das Vereinsgesetz vom Jahre 1850 nicht genügende Handhaben bot, um diese gefährlichen Verbindungen unschädlich zu machen; es bedurfte vielmehr erst des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878, um den Kampf gegen die socialdemokratischen Vereine wirksam aufnehmen zu können.

Auf Grund dieses Gesetzes wurden sogleich 16 Vereine, unter ihnen der „Tabakarbeiter-Verein", mit 72 auswärtigen Mitgliedschaften, und der „Verein zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Berlins" mit 3654 Mitgliedern verboten.

Diese polizeiliche Urkunde beginnt mit dem Geständnis, daß man bis die Mitte der sechziger Jahre die sozialdemokratische Organisation habe gewähren lassen, obwohl sie gegen den § 8 der alten preußischen Vereinsordnung verstoßen habe, und sie endigt mit dem nicht minder interessanten Geständnis, daß man das Sozialistengesetz gebraucht habe, weil es nicht möglich gewesen wäre, durch eben jene Vereinsordnung die gefährlichsten sozialistischen Verbindungen unschädlich zu machen.

Aus der polizeilichen Mitteilung über die Auflösung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ließen sich weitgehende Schlußfolgerungen über und gegen die Politik J. B. von Schweitzers ziehen. Wir wollen uns aber begnügen, nur das unzweifelhaft Tatsächliche hervorzuheben.

Seit dem Beginn des Jahres 1865 erschien Schweitzers „Sozial-Demokrat". Er blieb von der Regierung zunächst ebenso unbehelligt wie der Allgemeine deutsche Arbeiterverein. Der Konflikt zwischen dem fortschrittlichen preußischen Abgeordnetenhaus und der Regierung des Fürsten Bismarck erreichte seine Höhe, als im Juni 1865 die Mehrheit die nachträgliche Bewilligung der Kriegskosten für den Dänischen Krieg verweigerte. Schweitzer hatte von Anfang an in dem Konflikt gegen die Fortschrittspartei Stellung genommen. Jetzt im Sommer 1865 war die Fortschrittspartei bemüht, ihrer Opposition eine wirksamere Volkstümlichkeit zu verschaffen. Vom Rhein aus wurden die 253 Mitglieder der Fotschrittspartei und des linken Zentrums zu einem Festbankett im Kölner Gürzenich eingeladen. Man plante eine große Demonstration für die Freiheit gegen die preußische Reaktion. Aber am 11. Juli verbot der Polizeipräsident von Köln die Veranstaltung, und das Verbot wurde von den höheren Instanzen bestätigt; eine Beschwerde an den Minister blieb unbeantwortet.

Die Stimmung wurde stürmisch. Die Kölner beschlossen, auch gegen das polizeiliche Verbot das Fest abzuhalten, und 160 Abgeordnete erklärten in kräftigen Protestbriefen, daß sie trotz alledem nach Köln kommen würden.

In dieser Lage unternahm Schweitzer eine Schwenkung. Ein paar Tage vor dem Köhner Fest, am 19. Juli 1865, veröffentlichte der „Sozial-Demokrat" folgende Notiz:

> Zum erstenmal seit der Zeit ihres Bestehens ist die Fortschrittspartei, in dem das Kölner Festkomitee sich dem ergangenen Verbot nicht fügen zu wollen erklärt hat, zu einer Tat bereit. Arbeiter durch ganz Deutschland, die ihr der sozialdemokratischen Sache anhängt, richtet eure Blicke nach Köln! Fest und bestimmt, ohne jedes Zaudern und Schwanken, habt ihr in dieser Sache für das liberale Festkomitee gegen die preußische Behörde Partei zu ergreifen.

Tags darauf erließ der Vereinspräsident Becker die gleiche Aufforderung.

In seinem Schweitzerwerk hat Gustav Mayer ein mühsames machiavellistisches Gedankengewebe gesponnen, um die geheimen Beweggründe dieser auffälligen Schwenkung Schweitzers zu enträtseln. Die Darstellung Mayers ist widerspruchsvoll und wenig überzeugend. Die sehr einfache Erklärung des Verhaltens Schweitzers in diesem Augenblick scheint uns vielmehr darin zu liegen, daß er, von der unwiderstehlichen Popularität der Kölner Demonstration gedrängt, gar nicht anders konnte, als diesmal gemeinsame Sache mit den Fortschrittlern zu machen, wenn er nicht das tiefste Mißtrauen und die heftigste Opposition gegen sich entfesseln wollte.

Die liberale Mannestat selbst verlief ziemlich kläglich, nur etwa 80 Abgeordnete getrauten sich schließlich zu kommen, und das Bankett wurde polizeilich aufgelöst. Einschneidend aber waren die Folgen für Schweitzer, den „Sozialdemokraten" und den Arbeiterverein. Schon am 25. Juli wurde der Präsident Becker aus Berlin ausgewiesen und unmittelbar darauf auch der Allgemeine deutsche Arbeiterverein in Berlin aufgelöst. Aus dem zitierten Verwaltungsbericht des Polizeipräsidiums hören wir nun die wirklichen Gründe dieser Verfolgung, die sich auch in unablässigen Konfiskationen des „Sozial-Demokrat" betätigte. Die ganze sozialistische Agitation und Propaganda erschien bisher der Polizei, trotz des Verstoßes gegen die Vereinsverordnung, „besonnen und gesetzlich". Erst als J. B. von Schweitzer und der Allgemeine deutsche Arbeiterverein aus ihrer Opposition gegen die Fortschrittspartei dazu übergingen, in einer gemeinsamen Sache politischer Freiheit für die rebellierende Bourgeoisie einzutreten, ergriff die Polizei die sozialdemokratische Organisation und ihr Parteiblatt beim Genick.

Mit anderen Worten: Es liegt hier das polizeiliche Bekenntnis vor, daß die Regierung in der Tat die sozialistische Tätigkeit begünstigte, obwohl sich ihr gesetzliche Handhaben zu ihrer Vernichtung bot, solange sie in der Konfliktszeit gegen die Fortschrittspartei wirkte, daß sie aber in demselben Augenblick die Schlinge anzog, als die Sozialdemokratie, wenn auch nur vorübergehend, auf die Seite der Fortschrittspartei trat. Damit wird nun freilich nicht etwa die alte Jeremiade der Liberalen gerechtfertigt, daß die Sozialdemokratie in der Konfliktszeit dem Fortschritt im Kampfe gegen das Junkertum in den Rücken gefallen und so ihn geschädigt habe; denn der Aufstand der fortschrittlichen Bourgeoisie gegen Bismarck scheiterte ausschließlich an ihrer eignen Jämmerlichkeit. Das andere aber steht nunmehr fest, daß Regierung und Polizei in den ersten Jahren die eigentliche sozialistische Propaganda begünstigt hat und sie für durchaus besonnen und gesetzlich hielt, solange man nämlich glaubte, die sozialistische Arbeiterbewegung zur Niederwerfung der liberalen Bourgeoisie benutzen zu können.

Ein Jahrzehnt später erscheint dann diese gesetzliche und besonnene sozialistische Propaganda als furchtbare Umsturzgefahr, die mit Gewalt niedergeschlagen werden muß. Jetzt genügte plötzlich nicht einmal die Vereinsverordnung von 1850 mehr, die man bis 1865 doch sogar stillschweigend übertreten ließ; man brauchte ein Ausnahmegesetz, um die staatsgefährliche Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei zu unterdrücken.

Wir erkennen auch hier, durch das unzweideutige Geständnis der Polizeiverwaltung, daß die Attentate von 1878 nicht die Ursache, sondern nur der nichtsnutzige Vorwand des Sozialistengesetzes gewesen sind. Wir lernen aus diesem Bericht die polizeiliche Ergänzung zur Politik Bismarcks kennen. Bismarck bedurfte des Sozialistengesetzes, um durch den roten Schrecken die Liberalen zu unterdrücken und die Umkehr der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen. Die Polizei wollte längst die sozialistische Bewegung als solche abwürgen, und da die alte preußische Vereinsordnung nicht die gesetzlichen Handhaben bot, mußte eben ungesetzlich vorgegangen werden, und um die Gesetzlichkeit zu decken, forderte die Polizei das Ausnahmegesetz — längst vor den Attentaten!

Kunschak.

Die Wiener Geschworenen haben den Mörder Schumeiers zum Tode verurteilt. Sie haben also den Mann als völlig zurechnungsfähig erkannt und haben keinerlei mildernde Umstände seiner Tat gefunden. Am Galgen soll er büßen.

Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich gegen die Todesstrafe. Sie läßt sich auch nicht von Rachegefühlen gegen den Mordbuben leiten; Kunschak ist verurteilt, aber wir wünschen den Bemühungen seiner Angehörigen um die kaiserliche Gnade Erfolg. Ein Menschenleben ist rasch vernichtet, aber wer kann dessen völlig sicher sein, daß Kunschaks Gehirn normal funktioniert? Und wenn auch: „das Amt, zu rauben und zu töten", ist so gräßlich und die Meinung von der heilsam abschreckenden Wirkung der Blutjustiz so aberwitzig, daß uns jedes Todesurteil betrübt. Nur freilich lag der Fall Kunschak so, daß nach dem Wortlaut des Gesetzes den Richtern kein anderes Urteil übrig blieb. Denn daß Kunschak alles andere als ein redlicher, ehrenhafter Arbeiter ist, daß seine Behauptungen über sozialdemokratischen Terrorismus, der ihn zum Elend verurteilt und mit Rachegefühlen erfüllt habe, durchaus erfunden sind, darüber hat die Beweisaufnahme keinen Zweifel gelassen. Kunschak hat im selbstgewählten süßen Nichtstun sein kleines Vermögen verleppert und zur Arbeit fehlte ihm auch dann erst recht die Lust. Beim Kaffeehausbummel sind ihm nichtsnutzige Gedanken gekommen, schließlich hat er monatelang sich für die Bluttat vorbereitet. Den Genossen Schumeier hat er als Opfer ausgewählt, weil der ihm Wohltaten erwiesen hat. Unter Schumeiers Leitung hatte Kunschak stenographieren gelernt, von ihm ist Kunschak auch sonst geistig gefördert worden. Der Dank war Kunschaks Meuchelmord. Der Mörder ist aber doch nicht so vertiert, daß er nicht eine Erklärung seines Handels versuchte, aber der Erklärungsversuch wird zur Beschimpfung. Er sagt Schumeier allerlei Unsinn nach: daß die Arbeiter in England in Glacehandschuhen schaffen, daß die Arbeiter nicht heiraten sollen, weil sie doch nur die Kinder für die Unternehmer aufziehen und anderen Schnack habe Schumeier erzählt, Kunschak habe ihm alles geglaubt, in der Welt habe er dann gefunden, daß Schumeier log — und also habe er Zorn auf Schumeier gehegt. Aber der Zorn kann nicht allzu groß gewesen sein: hätte die Lotterie ihm einen ordentlichen Batzen in den Schoß geworfen und so die Fortsetzung des faulen Lebens ermöglicht, so wäre der Meuchelmord nicht geschehen. War es nichts mit der Attitüde des Märtyrers, so läßt die banale Tatsache des ausgebliebenen Lotteriegewinnes auch erkennen, daß keine Dämonen in der Brust des Schurken wohnen. Die simple Gemeinheit bleibt übrig, die zuguterletzt ein bißchen Herostratenruhm erjagen möchte.

Wollten sie sich an das Gesetz halten, so blieb den Geschworenen wohl tatsächlich nur das Schuldig, den Berufsrichtern das Todesurteil übrig. Die Geschworenen sind: zwei Haus- und Grundbesitzer von Adel, vier Fabrikanten, zwei wohlhabende Handwerksmeister, drei Gastwirte und Cafétiers, ein Kleinhändler. Also fast ausnahmslos Angehörige der Oberschicht, kein Arbeiter. Aber einstimmig lautete das Schuldig!

Ein Augen- und Ohrenzeuge würde die psychologischen und sozialen Feinheiten der Verhandlung würdigen können. Wir müssen uns heute mit der Feststellung begnügen, daß nach den Ergebnissen dieses Prozesses kein Mensch mehr von dem „Opfer des sozialdemokratischen Terrors" reden wird, als das der Kunschak sogar von geschäftigen „demokratischen" Federn hingestellt wurde. Aber nochmals: Wir fordern nicht Leben um Leben!

Gewerkschaftsbewegung.

Der neue Schiedsspruch im Malergewerbe ist von dem außerordentlichen Verbandstage des Malerverbandes am Donnerstag mit großer Mehrheit, mit etwa 43 000 Mitgliederstimmen gegen 7000 angenommen worden.

Der Streik in der Kofferfabrik Hch. Stöhr u. Co. in Berlin ist nach 4tägiger Dauer mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Firma sah ein, daß, wollte sie in ihrem Betrieb auch nur einen Arbeiter haben, sie dann den Tarifvertrag für die Lederwarenindustrie unterschreiben und einhalten muß.

Lohnforderungen der Kartonagenarbeiter in Hartmannsdorf bei Leimbach. Die Kartonagenarbeiter und -Arbeiterinnen genannten Ortes stehen in einer Lohnbewegung. Sie fordern den in dem Nachbarort Limbach vereinbarten Tarif, der 58stündige Arbeitszeit vorsieht und Löhne, die um 3—4 Mark pro Woche höher sind. Es wird gebeten, Stellenangebote in Hartmannsdorfer Kartonbetrieben bis auf weiteres abzulehnen.

Aufhebung des Boykotts über die Halberstädter Würstchenfabrik von Christian Förster. Nach einem Boykottkampf von über fünf Monaten ist es nunmehr zu Verhandlungen zwischen der Fleischerorganisation und der Firma Christian Förster gekommen. Die Firma hat folgende schriftliche Erklärung abgegeben: „Das am 9. Oktober 1912 mit dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Berlin) getroffene Abkommen soll auch weiterhin bestehen bleiben. (Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betriebe.) Ich werde für die Folge auch organisierte Fleischer und Hilfsarbeiter einstellen und meinen Leuten volle Koalitionsfreiheit gewähren. Bei Mangel an Arbeitskräften bin ich bereit, auch den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes zu benutzen. Was die Behandlung meiner Leute anbelangt, so werde ich auch fernerhin dafür sorgen, daß Uebergriffe seitens meiner Meister und der übrigen Vorgesetzten nicht erlaubt werden. Dieselben sind angewiesen, nur menschlich vorzugehen, und etwaige mir zu Ohren kommende Mißhandlungen werden jederzeit meinerseits strengstens gerügt werden." — Mit diesem Erfolg des Boykottkampfes kan die Fleischerorganisation zufrieden sein. Der organisierten Arbeiterschaft im Reiche gebührt für ihre Unterstützung Dank, sie hat durch ihre Solidarität den arbeiterfeindlichen Standpunkt der Firma gebrochen. Es wird nun an der Firma selbst liegen, sich einen dauernden Frieden mit den Arbeitern zu sichern und ihren Produkten ungehinderten Umsatz zu verschaffen, wenn sie der Erklärung, die jetzt zum zweiten Friedensschluß führte (am 9. Oktober wurde der Streik durch eine Vereinbarung beigelegt) auch vollinhaltlich nachkommt. Die Firma wird einsehen gelernt haben, daß die fortwährenden Differenzen nicht im Interesse der Firma liegen, dagegen der Frieden mit der Organisation nur vom Vorteil auch für sie sein kann.

Folgen des Krefelder Seidenfärberstreiks. Da den Krefelder Seidenweberei-besitzern infolge des seit drei Monaten durchgeführten Färberstreiks nicht in altgewohnter Weise ihre Färbearbeit hergestellt wurde und die von den Unternehmern vorgenommene Aussperrung trotz des christlichen Verrats wirkungslos blieb, versuchten sie nun im Süden Deutschlands und in der Schweiz die dortigen Färber in ihrem Interesse zu beschäftigen. Die Schweizer Unternehmer kamen ihnen bereitwillig entgegen und große Posten Garne wurden zum Zwecke des Färbens aus Krefeld entgegengenommen. Anders dachten die Arbeiter. In einer großen Anzahl sehr stark besuchter Versammlungen erklärten sie diese Arbeit als Streikarbeit und beschlossen, die Anfertigung zu verweigern. Gleichzeitig wurden Forderungen eingereicht; die Antwort wurde bis zum 16. Mai erwartet. Die Unternehmer blieben die Antwort schuldig. Am 17. Mai beschloß eine überfüllte Versammlung, einen letzten Termin zur Beantwortung auf den 20. Mai zu setzen. Im Falle der Weigerung sollte der Streik proklamiert werden. Das ist jetzt geschehen. Am Mittwoch, dem 21. Mai sind in Basel und Arle-

dingen 1200 Seidenfärber ausständig geworden. Weitere 1000 werden wahrscheinlich am Abend des genannten Tages in Zürich den Streik beschließen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich, der Geschäftsgang sehr gut. Die Arbeiter sind entschlossen, bis nach Beendigung des Streiks jede Streikarbeit für Krefeld abzulehnen. — Auch die Seidenfärber in Como (Italien) werden die Arbeit niederlegen, sobald Streikarbeit für Krefeld von ihnen verlangt wird.

Bäckerstreik in Görlitz. Vom Verband der Bäcker war der Innung ein Tarif unterbreitet worden, der die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, 22 Mark Wochenlohn und Freigabe eines Ruhetages im Monat fordert. Die Innung lehnte diese bescheidenen Forderungen ab, sie schloß mit dem kaum 20 Mitglieder zählenden Vergnügungs-Verein der Bäcker „Germania" einen Tarif ab, der aber die wichtigste Forderung, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges nicht enthielt, sondern der nur eine Lohnerhöhung vorsah. Damit waren aber selbst die Mitglieder des „Germania"-Vereins nicht einverstanden, sie schlossen sich den Forderungen des Verbandes an. Da die Innung jede Verhandlung schroff ablehnte und auch das Gewerbegericht es ablehnte, vermittelnd einzugreifen, wurde Dienstag nachmittag in einer gut besuchten Bäckerversammlung einstimmig beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen. In Frage kommen 150 Meister mit 135 Gesellen. Den Tarif anerkannt haben bis zur Streikproklamation 28 Meister mit 24 Gesellen. — Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Färberstreik in Elberfeld-Barmen ist beendet. Die Unternehmer haben Lohnerhöhungen zugesagt nach Beendigung des Färberstreiks in Krefeld, spätestens ab 1. August dieses Jahres. Ueberstunden sollen nicht mehr gemacht werden. Streikarbeit zu machen, wird von den Arbeitern abgelehnt.

Gewerbegerichtswahl in Mainz. Bei der am Dienstag in Mainz stattgefundenen Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht erhielten von den von den Arbeitern abgegebenen 4251 Stimmen die freien Gewerkschaften 3705, die christlichen und nationalen Verbände 546 Stimmen.

Schiedssprüche der Tarifschlichtungskommission sind stempelpflichtig. Die Schlichtungskommission des Berliner Portefeuilles- und Reiseartikelgewerbes fällte einen Schiedsspruch, wonach die Lederwarenfirma Valentin verurteilt wurde, den Tarifvertrag bis zu seinem festgesetzten Ablaufstermin auch einzuhalten. Die verurteilte Firma legte beim Landgericht Berufung ein, bei welcher Gelegenheit das Hauptzollamt Kenntnis von dem Schiedsspruch erhielt. Es verlangte auf Grund der Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes einen Stempel von 10 Mk. für die Hauptausfertigung und für die nach § 1039 der Zivilprozeßordnung den beiden Parteien zugestellten Ausfertigungen einen solchen von je 3 Mark. Für diesen Stempel haftet jeder Unterzeichner des Schiedsspruches. Auf Grund einer Beschwerde des Schlichtungskommissionsvorsitzenden Magistratsrats v. Schulz bestätigte die Oberzolldirektion das Verlangen des Hauptzollamtes. Die Entscheidung stützt sich auf § 9 des Tarifvertrages, der ein Schiedsgericht vereinbart. Der Schiedsspruch sei demnach für die Parteien rechtlich bindend und habe nach § 1030 der Zivil-Prozeß-Ordnung unter den Parteien die Wirkung eines rechtskräftigen Urteiles. Nach den toten Buchstaben des Gesetzes ist die Steuerbehörde vielleicht im Recht, weswegen von einer Beschwerde beim Finanzminister abgesehen wurde. Nun hat sich in dieser Angelegenheit folgender Zustand gebildet: Das Hauptzollamt und die Oberzolldirektion halten den Schiedsspruch für beide Teile für rechtlich bindend und vollstreckbar und fordern deswegen 16 Mk. Stempelgebühr, die auch bezahlt worden sind. Das Landgericht und das Kammergericht sagen in dem bekannten Urteil, den Tarifvertrag brauche die Firma V. nicht einzuhalten, demzufolge brauche sie auch nicht den Schiedsspruch als Teil des Vertrages anzuerkennen. Aber auch außer diesem verzwickten Rechtszustand ist das steuerbehördliche Verlangen durchaus unberechtigt. In allen Tarifverträgen wird Wert auf die Bildung einer Schlichtungskommission mit gewisser Exekutivgewalt gelegt, um so eine Handhabe gegen Tarifbrecher zu haben bezw. um Tarifbrüche gebührend ahnden zu können. Wenn aber die Steuerbehörde die Unparteiischen und Beisitzer für die Stempelgebühr haftbar macht, so dürften sich wenig geeignete Personen finden, die für ihre nicht besonders angenehme Arbeit noch steuerbehördliche Opfer zu tragen gewillt sind. Um eine Stempelfreiheit der Schiedssprüche zu erwirken, ist bei dem Ausschuß des Gewerbegerichts Berlin für Gutachten und Anträge beantragt worden: „Dieser möge beschließen, daß das Gewerbegericht Berlin bei den beiden Häusern des preußischen Landtages den Antrag stellt, die Tarifstelle 57 des Landesstempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 — 26. Juni 1909 folgenden Zusatz zuzufügen: „Ausgenommen sind Schiedssprüche, welche von der in einem Tarifvertrage eingesetzten Schlichtungskommission gefällt werden", sodaß die Tarifstelle dann folgendermaßen lauten würde: „Stempelpflichtig sind Schiedssprüche und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsgerichte. Ausgenommen usw. ...." Ob der Landtag und das preußische Herrenhaus diesem Antrage stattgeben wird? Die einfachste Notwendigkeit dafür liegt vor, um den tariffeindlichen Rechtsirrtum zu beseitigen. [illegible] kann doch nicht angehen, daß Schiedssprüche verstempelt werden müssen, selbst wenn ordentliche Gerichte sie als [illegible] erklären. [illegible] doch im Staate vollendeter [illegible]!

Die Aussperrung in der holländischen Zigarrenindustrie [illegible] die Arbeiter [illegible] und die Unternehmer [illegible] Die Streiks [illegible] [illegible] außerhalb der zwei [illegible] Unterstützungs[illegible] Millionen Mark [illegible] eine sehr beträchtliche [illegible] der ganzen Arbeiterschaft [illegible]

Aus dem Gerichtssaal.

Oberstleutnant und Feldwebel. Vor dem Kriegsgericht der [illegible] „Königin Elisabeth" [illegible] Oberstleutnant [illegible] des Militärtelegraphen. Er [illegible] Befugnis, die [illegible] Im Dezember sah seine Ehefrau [illegible] Geburt entgegen; aus diesem Anlaß bat H. den Oberstleutnant, ihm für einige Zeit Urlaub zu geben, damit er sich seiner Frau widmen und sie pflegen könne. Es kam wiederholt zu Unterredungen zwischen dem Feldwebel und dem Vorgesetzten. Als der Angeklagte äußerte, er müsse für seine Frau eine Pflegerin haben, wenn er nicht selbst abkommen könne, tat der Oberstleutnant nach H.s Angabe eine Äußerung, die in Berichten Berliner Blätter so wiedergegeben wird: „Die Wilden schneiden sich ihre Kinder allein ab. Ihre Frau aber natürlich braucht eine Pflegerin!" Der Angeklagte gab diese Äußerung, die seitens des Vorgesetzten gefallen sein sollte, bei einer Vernehmung in einem anderen Verfahren wegen eines Disziplindelikts zu Protokoll und äußerte dabei, die Bemerkung sei von dem Vorgesetzten in zynischer und höhnischer Weise gemacht worden. Er will bei der Wiedergabe der Äußerung im gerichtlichen Protokoll lediglich in der Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben und blieb auch bei der Vernehmung dabei, daß die Worte seitens des Oberleutnants gefallen seien. Dieser bestritt, eine ähnliche Äußerung, aus der man den vom Angeklagten unterstellten Sinn entnehmen könne, getan zu haben. Er habe sich gerade besonders der Angelegenheit des Feldwebels angenommen und einesteils von der menschlichen, anderenteils von der dienstlichen Seite aus den Fall behandelt. Als Oberst v. Brauchitsch, der Kommandeur des Regiments Königin Elisabeth, darüber vernommen werden soll, ob er sich dahin geäußert habe, daß die Unteroffiziere seines Regiments beim Militärtelegraphen schikaniert würden, wird die Öffentlichkeit „wegen Gefährdung militärischer Interessen" ausgeschlossen. Der Angeklagte hatte unter anderem auch die Behauptung aufgestellt, daß er von dem Vorsteher des Militärtelegraphen schlecht behandelt worden sei, und daß er hierfür den Beweis antreten wolle. Die Vernehmung der hierfür benannten Feldwebel erfolgte gleichfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Kriegsgericht nahm schließlich zugunsten des Angeklagten an, daß Oberstleutnant W. eine ähnlich lautende Äußerung getan hat, doch habe nicht nachgewiesen werden können, daß W. in höhnischer und zynischer Weise gesprochen. Es komme danach also nicht verleumderische, sondern nur einfache Beleidigung eines Vorgesetzten in Betracht, wofür auf das gesetzlich niedrigste Strafmaß von einem Tage gelinden Arrest erkannt wurde. Der Verurteilte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Aus Nah und Fern.

Die Hochzeitsfeierlichkeiten in Berlin haben bereits ein Opfer gefordert. Gestern nachmittag überfuhr ein vom Herzog von Cumberland benutztes Privatautomobil an der Schloßbrücke den 10jährigen Sohn eines Lehrers aus Lichtenberg. Der Knabe, der zahlreiche äußere Verletzungen, wahrscheinlich aber keine schweren inneren Schäden davongetragen hat, hatte sich aus der Zuschauermenge hervorgedrängt und war so unter die Räder gekommen.

Eine furchtbare Mordtat verübten in der Nähe von Misburg (Hannover) zwei polnische Arbeiter. Sie bearbeiteten einen Arbeitsgenossen mit Knüppeln, bis er halbtot war, banden ihn dann an einen Baum und stießen ihn mit Spaten gegen den Unterleib, bis die Eingeweide heraustraten. Dann schleppten sie ihn in den Wald und ließen ihn dort liegen, wo später der Unglückliche, der Arbeiter Sadlowski, tot aufgefunden wurde. Die beiden Mörder konnten bereits festgenommen werden.

Wieder einer. Der 33 Jahre alte Kanzleivorstand eines Dresdener Rechtsanwaltsbureaus, Weigel, ist nach Unterschlagung von 50 000 Mark geflüchtet.

Landwehrübungen und Landtagswahl. Sächsische Landwehrleute der Eisenbahntruppen waren jüngst vom Bezirkskommando Zwickau mit dem Befehl zu einer in Berlin abzuleistenden Übung beglückt worden. Als die Leute nun in Berlin eintrafen, gab es auf dem dortigen Kommando erstaunte Gesichter. Ja, hier haben Sie nichts zu suchen, fahren Sie nur wieder heim, hieß es. Dann wurde den Leuten eröffnet, daß die angesetzte Übung wegen der preußischen Landtagswahlen um vier Wochen verschoben worden sei. Die Leute waren natürlich aufs höchste erstaunt, insbesondere ob der Begründung mit der preußischen Landtagswahl. Das half aber nichts, sie mußten eben wieder heimdampfen. Auch aus einem westfälischen Bezirk waren Landwehrmänner eingetroffen. Die Leute haben nun bei ihrem Bezirkskommando Schadenersatzansprüche gestellt. Es ist sehr nett, daß die Militärbehörde den preußischen Landwehrmännern die Teilnahme an der Wahl ermöglichen will, aber sie soll dann auch dafür sorgen, daß die Landwehrmänner nicht umsonst aus der Arbeit gerissen werden.

Raubanfall. In Heimbach bei Mainz hatte sich der Stationsvorsteher von der Bohlen mit seiner Frau in eine beim Bahnhof belegene Wirtschaft begeben und sich gegen Mitternacht für kurze Zeit aus dem Gasthofe entfernt. Als er auffallend lange ausblieb, wurde nachgeforscht. Man fand ihn blutüberströmt mit einer schweren Schädelverletzung vor dem Eingang des Bahnhofsgebäudes liegen; der Geldbeutel fehlte. Mehrere Stunden darauf starb er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Die verunglückte Schröder-Stranzsche Spitzbergenexpedition. Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Miethe empfing ein Telegramm von Maler Rave, einem der Ueberlebenden der Schröder-Stranz-Expedition, aus der Adventbai; das Telegramm, das an vielen Stellen verstümmelt ist, dürfte folgendermaßen zu lesen sein: Den Vorschlag, das Schiff zu verlassen, machte Kapitän Ritscher am 8. September 1912. Wir hatten reichlichen Schiffsproviant für gut vier Monate, außerdem konzentrierten Schlittenproviant, an dem kein Mangel war. Auch sonst waren wir gut ausgerüstet. Am 21. September marschierten wir ab (nach Süden, Ziel Adventbai), kamen am 4. Oktober nach der Jagdhütte in der Wijdebai am zweiten Tal. Sah, daß Rüdigers Fuß halb erfroren an dem rechten Fuß zwei Zehen schwer verletzt, deshalb erklärte ich mich bereit, hier liegen zu bleiben mit ihm, wenn die andern Hilfe bringen wollten. Proviant war in der Hütte für einen Monat, zum Teil verdorben, vorhanden, weil zwei Jahre alt. Innerhalb vier Wochen sollte die fest versprochene Hilfe kommen. Wir wollten sechs Wochen darauf warten. Das Wetter war fast immer gut. Es kam aber keine Hilfe, statt dessen die Winternacht. Nach vier Wochen bereitete ich alles für die Rückkehr vor. Wir hatten zwar kein Werkzeug, keine Schlafsäcke, kein Licht und Proviant, und Verbandstoff ging zu Ende. Ich machte Licht aus Renntierfett, einen Schlafsack aus gefalteten Fellen (die in der Hütte gefunden wurden), für Rüdiger einen [illegible] Stiefel. Erfrorener Fuß sehr verschlechtert. Am 27. November brachen wir bei Mondschein zum Schiff auf unter großen Strapazen und häufig schlechtem Wetter, hatten nichts zu trinken, lagen drei Tage in Mosselbay-Haus bei Schneesturm. Fanden verschimmeltes Hartbrot und Graupen, gingen dann übers Gebirge weiter zum Schiff, Sterne als Wegweiser. Rüdiger konnte manchmal auf dem Schlitten fahren. Am 1. Dezember glücklich Schiff erreicht. Rüdiger weitere vier Finger und zwei Zehen erfroren, nur alle drei Tage frischer Verband und Amputation des Fußes. Koch Stave bekam Blutspucken, wurde nach Behandlung besser. Am ersten Weihnachtstage kamen unerwartet Eislotse und Matrose von Kap Petermann zurück. Brachten traurige Nachricht. Hatten Eberhardt verloren, von Dettmers und Möser keine Nachricht. Ritscher war allein weiter nach Adventbai gegangen. Eislotse, Matrose und ich wollten Eberhardt suchen, verhindert durch Sturm und schwindenden Mondschein. Nahm am Silvester noch eine glückliche Operation an Rüdiger vor, heute gut geheilt. Am 24. Februar starb Koch Stave, wir brachten die Leiche nach der Schwedenstation (Polheim). Anfang März sollen Eislotse und Rotvold nach Adventbai. Ich sagte, alle könnten gehen, wenn sie Briefe und Telegramme mitnehmen. 15. März wir beide (Rüdiger und Rave) mit Gepäck nach Polheim, weil Schiff zu eng zum Arbeiten. Am 25. März brach die Mannschaft nach Adventbai auf. Am 21. April früh unerwartetes Eintreffen der Hilfsexpedition unter Hauptmann Staxrud. Erhielten Briefe und Zeitungsausschnitte. Wir waren mit Vorschlag Staxrud einverstanden, am 1. Mai über Inlandeis über Kap Petermann nach Green Harbour zu gehen. Am 30. April kamen drei Mitglieder der Expedition Lerner von Mosselbai, Lerner stellte sein Schiff zur Verfügung, um uns auf dem Seewege direkt nach Green Harbour zu führen. Die zurzeit für die Nachforschungen nach Schröder-Strantz günstige Fahrgelegenheit nach Nordostland ließ uns auf den bequemen Schiffsweg verzichten. Aufbruch am 2. Mai. Unter Staxruds vorzüglicher Führung erreichten wir Adventbai am 15. Mai. Brieflicher Bericht folgt. Rave.

Drahtseilattentat gegen ein Automobil. Im Wald bei Differdingen in Luxemburg ist ein Drahtseilattentat gegen ein Automobil verübt worden, das an das Verbrechen von Henningsdorf bei Berlin erinnert. Der Führer eines Automobils bemerkte dort in der Dunkelheit plötzlich ein kurzes Aufleuchten eines elektrischen Lichtes am Straßenrand und sah gleich darauf ein Drahtseil, das quer über die Straße gespannt war. Im gleichen Augenblick rannte das Automobil gegen den Draht, der krachend entzweisprang. Das Automobil fuhr weiter, und die Insassen sahen gleich darauf noch einmal ein elektrisches Licht im Walde aufblitzen. Die Polizei ist dem Täter auf der Spur.

Furchtbare Bluttat. Die Madrider Polizei verhaftete den an der Kriegsschule angestellten Hauptmann der Reserve Manuel Sanchez und dessen Tochter, die den Klubmann Garcia Jalon in ihre in der Kriegsschule gelegene Wohnung gelockt und getötet und den Leichnam zerstückelt und in eine Sandgrube geworfen haben. Es heißt, daß die beiden einen Erpressungsversuch an Jalon vornehmen wollten und, weil er Widerstand geleistet hat, ihn umgebracht hätten.

Hotelbrand in Antwerpen. In der Nacht zum Donnerstag ist in Antwerpen das für 600 Fremde eingerichtete Hotel „Stadt Frankfurt" abgebrannt. Das Haus wird meist von Auswanderern aufgesucht, unter denen sich in der betreffenden Nacht etwa 40 Deutsche befanden. Diese lagen in tiefem Schlafe, als die Flammen aus dem Dachstuhl hervorbrachen und Feueralarm gegeben wurde. Alle stürzten in wilder Flucht, nur auf das notdürftigste bekleidet, aus dem Hause. Viele verloren ihr gesamtes Gepäck; doch kam niemand körperlich zu Schaden.

Seemannslos. Der norwegische Dampfer „Laugen" ist bei Larvik untergegangen. Acht Personen sind ertrunken.

Unternehmerschuftereien. Vor dem Neuyorker Gericht steht jetzt ein Prozeß gegen den Milliardär Wood an, den Präsidenten des amerikanischen Wolltrusts. Er ist angeklagt, während des Arbeiterausstandes Dynamit angekauft zu haben, welches er in die Häuser der streikenden Arbeiter bringen ließ, damit es dann dort gefunden und der Eindruck erweckt würde, als ob die Ausständigen beabsichtigten, die Fabriken in die Luft zu sprengen.

Schiffskatastrophe bei Smyrna. Daily Mail meldet aus Smyrna: Der den Messageries Maritimes gehörende Dampfer „Senegal" ist beim Verlassen des Hafens von Smyrna auf eine Mine gestoßen und in die Luft geflogen. Schleppdampfer sind zur Hilfeleistung an die Unglücksstätte abgegangen. Das Schiff ist schwer beschädigt worden und bei den Befestigungswerken gesunken. Die Besatzung und die Passagiere, von denen einige verletzt wurden, sind gerettet worden. Vier Personen werden vermißt.

Wolkenkratzer. Präsident Wilson hat dieser Tage in Neuyork das bisher höchste Gebäude: Woolworth Building, eingeweiht. Es zählt 55 Stockwerke über Erde und ist 238 Meter hoch, 1½ mal so hoch wie der Kölner Dom. Es zählt 3000 Fenster und 100 000 elektrische Lampen. Eine von der Stadtverwaltung bestellte Kommission zur Prüfung dieser Gebäude hat in Manhattan, dem Geschäftszentrum, 4 Gebäude mit über 30, 60 über 20 und 1140 über 10 Stockwerken festgestellt. Wie Generalinspektor Ludwig erklärt, sind diese angeblich feuersicheren Gebäude, dank ihren Treppen- und Aufzugsschächten, wahre Feuerherde, die ein Zündholz in eine Flammensäule verwandeln kann. Trotzdem finden sie ihre Kundschaft. Das 55. Stockwerk des neuen Gebäudes war zuerst vermietet.

Ein neuer Trick. Gegenwärtig wird Frankreich und Italien von einem Konsortium von Hoteldieben unsicher gemacht, das mit einem neuen Trick glänzend reüssiert. Die Gauner — so erzählen die „Leipziger Neuesten Nachrichten" — arbeiten meist zu dreien, und den „Kassenmagneten" repräsentiert immer eine bildhübsche Frau. Von vornherein suchen die Abenteurer nur jene kleinen, gediegenen Hotels in der Provinz heim, in denen noch keine Gas- oder elektrische Beleuchtung angebracht ist und wo mit Vorliebe reiche Gutsbesitzer abzusteigen pflegen. Haben die Spitzbuben ein Opfer erkoren, so mietet der „Kassenmagnet" das Zimmer nebenan. Hört nun die Frau, daß ihr Stubennachbar heimgekehrt ist und zu Bett gehen will, so klopft sie an seine Tür. Wird von innen gefragt, was los sei, so antwortet sie mit lieblichster Stimme: „Ich bitte tausendmal um Verzeihung, mein Herr, aber ich bin in furchtbarer Verlegenheit; eben ist meine Kerze erloschen, und ich besitze keine Zündhölzer." Der lockenden Frauenstimme widersteht keiner; in der Regel wird sofort die Türe geöffnet, und geblendet von der im duftigsten Negligee Erschienenen erbietet sich durchweg der Nachbar, die Kerze im Zimmer der Gnädigen eigenhändig anzuzünden. Das wird zögernd zugestanden; die Herren haben es dann selten eilig, die Stube wieder zu verlassen. Während die interessante Dame mit dem hilfreichen Herrn plaudert, durchsuchen ihre beiden Spießgesellen dessen Zimmer und entwenden die meist offen daliegende Brieftasche, die Börse, Uhr usw. Der Diebstahl geht blitzschnell vor sich, und oft bemerkt der Geplünderte erst am Morgen, daß er bestohlen worden ist. In manchen Fällen duldet die Gnädige aber nicht die Begleitung bis in die Stube, sondern sie gestattet nur, daß der Herr mit seiner Kerze am Eingang ihres — dann immer mehrere Türen entfernt liegenden — Zimmers leuchtet und so lange wartet, bis sie selbst ihr Licht angezündet hat. Während sie das recht langsam bewerkstelligt, steht der zu Bestehlende zwischen Tür und Angel, das Gesicht natürlich dem Zimmer zugewandt. Derweil haben die Genossen des „Kassenagenten" Zeit genug gefunden, die Kostbarkeiten des Fremden zu — besichtigen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich (4033
W. Sülbrand u. Frau, Schlutup.

Gesucht ein Mädchen, welches Ostern die Schule verläßt, außer der Schulzeit

W. Wiencke, Schwartau
Lübeckerstraße 4.

Daselbst ein **Logis** für jungen Mann zu vermieten. (4025

Ein **Kinderwagen** auf Gummi für 12 Mk. zu verkaufen.
4035) Segebergstr. 24, part.

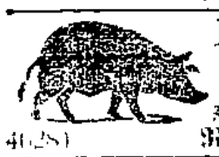
Gr. stark. **Kinder-Blockwag.** bill. z. verk. (4043) Geverdesstr. 48, p.

Ein wenig gebrauchter doppelsitziger **Sportwagen** auf Gummi billig zu verk. (4047
Glockenstr. [illegible], I. Etage.

Sehr gut erhaltenes Fahrrad billig zu verkaufen.
4036) Schützenstraße 56, II.

Sehr gut erh. 1tür. Kleiderschr.
sehr billig zu verkaufen.
4034) Ludwigstraße 64, I.

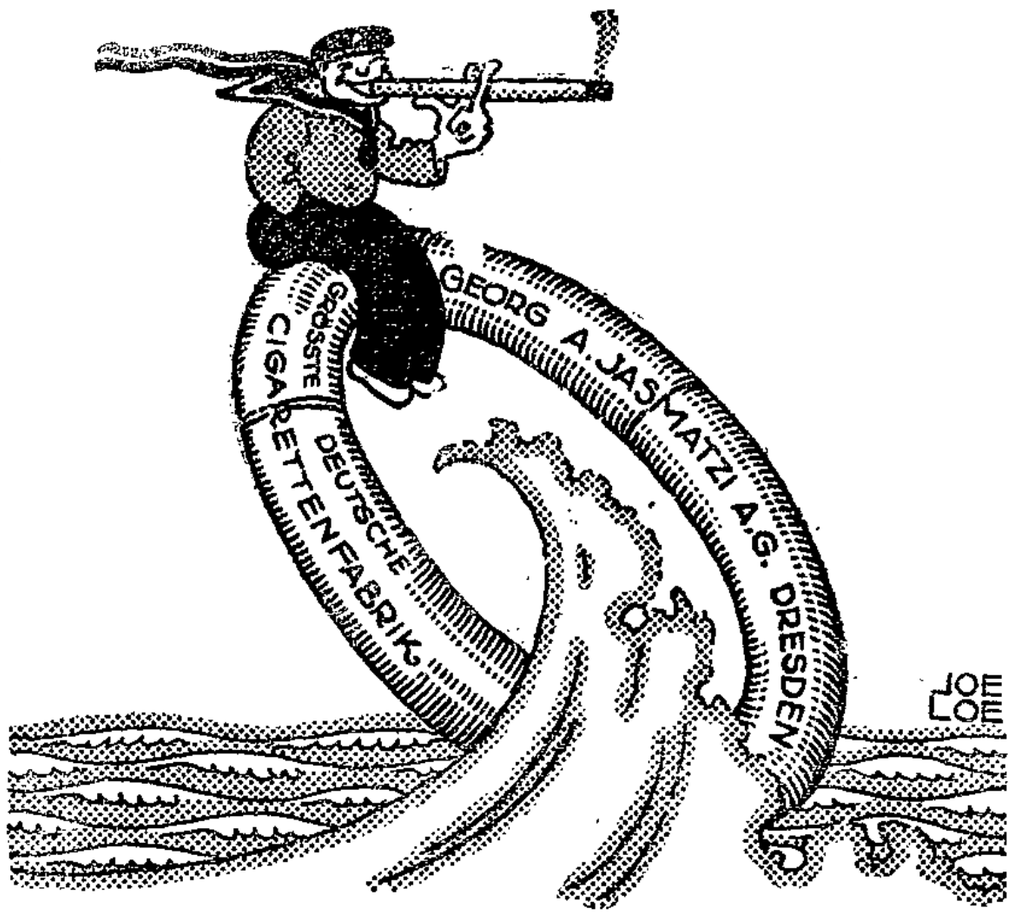
Weiße Magnum-bonum-Kartoffeln zu verkaufen. (4044
Glandorpstr. 38, I.



1 Satz Ferkel u. Zugänger
zu verkaufen.
4028) **Ravensbusch 77.**

Uebernehme **Wäsche** von jungen Leuten zum Waschen und Ausbess., auch **Hausstandswäsche.** (4029
Off. u. **W P** an die Exped. d. Bl.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".



„Unsere Marine"
Erstklassig
Die beste 2 Pfennig
Cigarette

Meiereibutter
Pfund 120 ₰
weißes Schmalz
Pfund 70 ₰
Margarine
Pfund 60, 70 und 75 ₰
Gem. Marmelade
5-Pfund-Eimer 1.40 Mk.
Feste Zwiebeln
2 Pfund 15 ₰
Schweizerkäse
Pfund 80 ₰
Holländer Käse
Pfund 88 ₰
Tilsiter Käse I.
Pfund nur 80 ₰
Schnittig. Fettkäse
Pfund 60 ₰
Guter Käse
Pfund 40 ₰
Holsteiner Käse
Pfund 33 ₰
Schinken in Stücken
Pfund 1.35 M
10 Eier 60 Pfg.
Eduard Speck
4048) Hüxstraße 80 82.

Guterhalt. Kinderwagen
mit Gummi, zu verkaufen.
4027) Warendorpstr. 70 I.

I. O. G. T.

Am 22. Mai entschlief nach längerem schweren Leiden unser langjährig treues Ordensmitglied

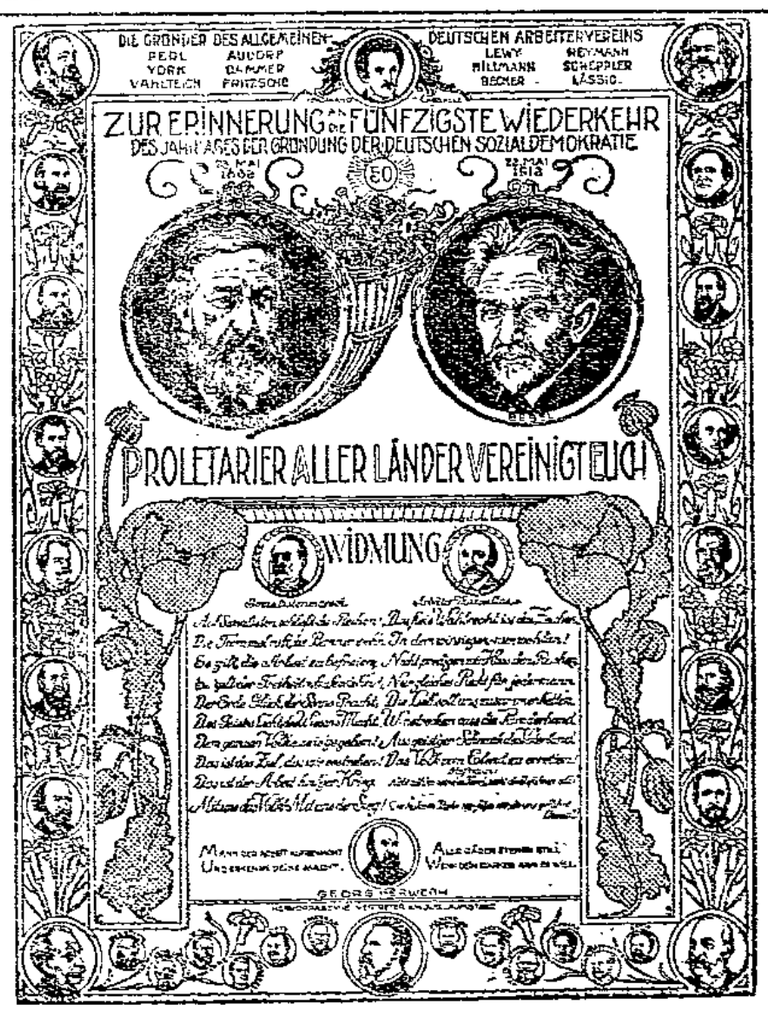
Magdalene Gädke.

(Loge Nie rasten.)

Wir werden derselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Logenausschuß.

Beerdigung Montag, den 26. Mai, nachm. 3¾ Uhr, von der Vorwerker Friedhofskapelle. (4032



Gedenkblatt

zur 50jährigen Jubiläumsfeier der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46
und deren Kolporteure.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Die „Lübeckischen Anzeigen"

brachten in ihrer Nr. 216 vom 30. April einen Artikel über „Konsumvereinspreise".

Trotz der darauf erfolgten richtigen Darstellung im „Lübecker Volksboten" und der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" brachten die „Lübeckischen Anzeigen" keine Berichtigung.

Wir halten es deshalb für angebracht, durch eine **Warenausstellung** jedermann Gelegenheit zu geben, sich von unserer **Leistungsfähigkeit hinsichtlich der Preise und Qualität der von uns geführten Waren gegenüber der Konkurrenz zu überzeugen.**

Die Warenausstellung

befindet sich im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses und ist geöffnet am Sonntag, dem 25. Mai, nachmittags von 2 bis 8 Uhr, am Montag, dem 26. und Dienstag, dem 27. Mai, abends von 6 bis 10 Uhr.

Zutritt frei! **Zutritt frei!**

Die geehrten Einwohner Lübecks und Umgegend, besonders aber die **Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen"** laden wir hiermit zur Besichtigung ein.

4051 **Der Vorstand.**

Schwartauer Butterhaus,
Schwartau, Lübeckerstr. 7.
Allerfeinste Rostocker Tafelbutter
Pfd. **1.25** Mk.
Allerfeinste Holsteiner Tafelbutter
Pfd. **1.20** Mk.
Feinste Meiereibutter
Pfd. **1.17** Mk.
Große frische Eier
Stück **8** Pfg., 10 Stück **75** Pfg.
4030) **Carl Lorenz.**

Fahrrad- und Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u. billig ausgeführt unter prompter Bedienung. Emaill., Vernick. bill. u. gut.
63) **Carl Heynert, Lübeck,**
Roisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**

1. die reichillustrierten Monatshefte **Kosmos,** Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern: Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Die vorzüglichen Präparate

Liebig's Backpulver, Puddingpulver, Vanillinzucker

der ältesten Fabrik Deutschlands sind leider viel nachgeahmt worden, haben aber immer noch die größte Anerkennung gefunden. Wer eine gute Qualität bevorzugt, verlange immer nur:

Liebig's Cremepulver, Rote Grütze, Saucenpulver

(2308

Achtung!

Kohlenarbeiter!

Außerordentliche

Versammlung

am Sonnabend, d. 24. Mai

abends 8½ Uhr.

im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zum Ablauf unseres Lohntarifs.

4018) **Der Vorstand.**

NB. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen dringend erforderlich. D. O.

Arbeiter-Gesang-Verein Harmonia

Schwartau-Rensefeld.

Einladung zum

Sommervergnügen

mit Ball

bestehend in **Konzert, Herren-, Damen- und Kindervergnügen**

am Sonntag, dem 1. Juni
im Lokale des Hrn. O. Evers
Kl.-Mühlen.

Anfang des Konzerts 3 Uhr.
Ballanfang 7 Uhr.
Eintritt für Herren 1.— Mk., eine Dame frei, einzelne Dame 30 Pfg.

Hierzu ladet freundlichst ein

4028) **Das Komitee.**

In wöchentlichen Raten

von

1 Mk.

an.

Moderne Damen-Konfektion

Kostüme, Blusen, Kostümröcke, Jacketts, Mäntel usw.

Elegante Herren-Garderobe

Knaben- und Mädchen-Kleidung.

Siegfried Ittmann

Breite Straße 33, I. Etage. 4049

Arbeiter-Turn-Verein Lübeck.

Kommers

zum 20jährigen Bestehen des Arbeiter-Turner-Bundes

am Sonnabend, d. 24. Mai
abends 8½ Uhr

im Vereinslokal, Hundestraße 41.

4037) **Der Vorstand.**

Zirkus E. Blumenfeld Wwe.

Lübeck.

Nur noch 3 Tage Vorstellungen!

Wegen anderweitiger Verpflichtungen ist es unmöglich, den Aufenthalt in Lübeck zu verlängern.

Heute Freitag, abends 8¼ Uhr:

Elite-Vorstellung!

Gala-Programm!
Weltstadt-Programm!

Sonnabend, den 24. Mai,
nachmittags 4½ Uhr:

Große Extra-Schüler- und Familien-Vorstellung
zu kleinen Preisen.

Erwachsene zahlen: Logensitz 2.— Mk., Sperrsitz 1.50 Mk., 1. Platz 1.— Mk., 2. Platz 80 Pfg., 3. Platz 60 Pfg., Galerie 30 Pfg.

Schüler zahlen: Logensitz 1.— Mk., Sperrsitz 80 Pfg., 1. Platz 60 Pfg., 2. Platz 40 Pfg., 3. Platz 30 Pfg., Galerie 20 Pfg.

Abends 8¼ Uhr:

Hauptvorstellung.

Sonntag, den 25. Mai,
nachmittags 4 u. abends 8¼ Uhr, unwiderruflich letzte große Vorstellungen mit wirklich gr. Programm.

Im Zirkus E. Blumenfeld Wwe. findet keine Abkürzung bei der letzten Vorstellung statt, hierfür bürgt das altbegründete Renommee. Die Abschiedsvorstellung am Sonntag abend dauert gleichfalls bis 11 Uhr.

Hochachtend

Gebr. Blumenfeld
Gutsbesitzer.

Keiner versäume im Zirkus **Blumenfeld Wwe.** die größte Sensation der Welt,

Den Mann in der Kugel

zu sehen.

Billettvorverkauf zu ermäßigten Preisen im Zigarrengeschäft des Herrn Nagel, am Markt. (1?)

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. vegt. Margarine **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.

6 Schnecken gratis.

1 Stück 7 Pfg. Frische Landeier 10 Stück 68 Pfg.

Garantiert fr. allerfeinste Meierei-Grasbutter Pfd. **1.19**

Holsteinisches Butterhaus **Königstr. 48a.** (4040)
G. Heinr. Flörke, Komm.-Ges.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".

Ortsgruppe Schwartau.

Einladung zum

Sommer-Fest

verbunden mit

Korsofahrt u. sonstigen Belustigungen sowie nachfolgendem BALL

am Sonntag, dem 25. Mai 1913

im Lokale des Herrn **J. Piquardt**
„Hotel Kronprinz", Schwartau.

Korsofahrt 3 Uhr nachmittags. Ballanfang 6 Uhr.

Eintritt für Herren 1 Mk., eine Dame frei.
Einzelne Dame 30 Pfg., mehr Damen.

Die nachfolgenden Ortsgruppen sind hierzu eingeladen.

Mitgliedsbücher legitimieren. (4024

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Sommerfest

am Sonntag, dem 8. Juni 1913
in Schwartau — Riesebuschhalle.

Abfahrt der Dampfer mit Musik mittags 1½ Uhr.
Tour durchs Gehölz von der Endstation des Dampfers nach der Riesebuschhalle, daselbst

Konzert, Herren-, Damen- und Kinderbelustigung.

Abends 8 Uhr: **BALL**

im Lokale des Herrn **O. Evers,** Klein-Mühlen.

Preis der Karte 30 Pfg. **Dampferfahrt 10 Pfg. a Person.**

4029) **Das Komitee.**

Karten sind bei den Bezirkskassierern und im Bureau erhältlich.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Mitgliedschaft Lübeck.

Ausflug mit Musik nach Kücknitz-Waldhusen

am Sonntag, d. 25. Mai 1913.

Abfahrt 1.45 Uhr nachmittags per Straßenbahn vom Geibelplatz, sodann **Tour durch das Waldhusener Gehölz.**

Nachher: **BALL** im Lokale des Herrn **Dieckelmann, Kücknitz.**

Rückfahrt ab Kücknitz 10.15 Uhr abends.

Preis der Karte einschließlich Fahrt pro Person 60 Pfg. Kinder frei.

Karten sind bei den Einkassierern, in unserem Bureau, und vor der Abfahrt am Geibelplatz zu haben. (3845) **Das Komitee.**

Lübecker Sommer-Theater

i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.

Sonnabend, den 24. Mai:
Schmetterlingsschlacht.
Sonntag, den 25. Mai:
Erster Operettenabend:
Mamzelle Nitouche.
Titelrolle: **Gabriele Kierwin.**
Im 2. Akt: **Balletteinlage.**
Anfang bei allen Vorstell. 8¼ Uhr.
Kassenöff.: Wocht. 7½, Sonnt. 6 U.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 118. Freitag, den 23. Mai 1913. 20. Jahrg.

Die Militärvorlage in der Budgetkommission.

In der Mittwochssitzung kam es zu einer recht scharfen und temperamentvollen Debatte über die Garde, deren Abschaffung ein sozialdemokratischer Antrag forderte, neben der Aufhebung aller Eliteformationen. Namens der Konservativen erklärte Graf Westarp, sie lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab, weil er in die Kommandogewalt des Kaisers eingreife. — Genosse Lensch begründete eingehend den Antrag. Es könne keine Rede davon sein, daß der Antrag mit der Verfassung in Widerspruch stehe, wie Erzberger und der Kriegsminister glauben machen wollen. Umgekehrt beweist der angezogene Artikel 63 der Verfassung, daß die Existenz der Garde gegen die Verfassung verstoße. Das Gardeoffizierskorps stelle eine Art Double-Creme innerhalb des ohnehin schon kastenmäßig abgeschlossenen Offizierskorps dar, und stehe dem Volke und den Mannschaften noch fremder und verständnisloser gegenüber. Die Garde ist noch ein Ueberbleibsel aus der Zeit der Soldatenspielerei und militärisch ohne besondere Bedeutung. Die in die Uniform gesteckten Söhne des Volkes sind uns Sozialdemokraten zu gut, um als höfische Repräsentationstruppe Verwendung zu finden. Wenn man die Regimenter, in denen vorzugsweise die Söhne bestimmter adliger Geschlechter dienen, in die Grenzgarnisonen verlegen würde, müsse sich bald zeigen, wie es mit dem Patriotismus dieser Adligen steht. Militärisch ist die Garde ohne besondere Bedeutung; sie stellt eine fortgesetzte Bedrohung der Verfassung dar. — Der Kriegsminister widersprach dem sozialdemokratischen Antrage, der die Traditionen bei so vielen Regimentern brechen würde. Künstlich sollen keine Elite-Regimenter geschaffen werden, aber bei manchen Regimentern habe sich die Ergänzung des Offizierkorps aus bestimmten Geschlechtern historisch entwickelt. Daran dürfe nicht gerüttelt werden. Wenn der sozialdemokratische Antrag Annahme findet, so ist die Heeresvorlage für die Regierung unannehmbar. (Lebhafte Bewegung.) — Abg. Müller-Meiningen betonte sofort, daß durch die Erklärung des Ministers Konfliktsstoff geschaffen werde. Der Minister scheine gar nicht die Stimmung im Volke zu kennen, die der Existenz von Elite-Truppen nicht günstig ist. — Genosse Schöpflin sprach dem Minister den Dank für die unfreiwillige Hilfe in der Bekämpfung der Militärvorlage aus. Wenn der Bestand der Garde der Regierung wichtiger sei als die geforderten 136 000 Mann, sei die völlige Ueberflüssigkeit der Militärvorlage glatt bewiesen. Im Volke draußen werde man nicht wenig überascht sein von der Erklärung des Ministers. Schöpflin wies nach, daß die Garde eine besondere militärische Bedeutung nicht haben kann und eine solche auch in den Kriegen der Vergangenheit nicht erwiesen habe. Es sei doch ein sehr starkes Stück, nachdem die Militärverwaltung die angebliche dringende Notwendigkeit der neuen Militärvorlage behauptet habe, nun zu erklären, falls das Gardeprinzip beseitigt werde im Gesetz, sei die Militärvorlage für die Regierung unannehmbar. Der Minister werde sich wundern, welche Wirkung seine Erklärung bei den Volksmassen haben werde. — Genosse Noske wandte sich ebenfalls lebhaft gegen den Minister wegen der Verteidigung der Garde. Die Rede des Ministers sei eine förmliche antimilitaristische gewesen. Die Regierung würde ihr blaues Wunder erleben, wenn sie wegen der Garde eine Reichstagsauflösung herbeiführen würde. — Der Kriegsminister hatte inzwischen eingesehen, welch eine Waffe seine Erklärung für die Gegner der Vorlage bedeutet. Er versuchte nun, seine Erklärung dahin zu deuten, nicht wegen der Garde würde die Vorlage unannehmbar werden, sondern weil der Antrag in die Kommandogewalt des Kaisers eingreife und der Tradition und dem Geist der ganzen Armee widerspreche. — Abg. Erzberger betonte, für ihn sei es selbstverständlich, daß der Reichstag aufgelöst wird, falls der sozialdemokratische Antrag Annahme findet. Das Zentrum lehne den Antrag ab, es sei für Beibehaltung der Garde. — Abg. Liesching (Volksp.) bedauerte die Erklärung des Ministers, die eine Herabsetzung der anderen Truppen gegenüber der Garde bedeute. — Abg. Semler bat den Minister, seiner Erklärung noch eine weitere Interpretation zu geben, was schallende Heiterkeit hervorrief. — Genosse Frank wies nach, daß die Existenz der Garde im Widerspruch mit dem Artikel 63 der Verfassung stehe. Die Beseitigung der Garde sei auch deshalb geboten, weil ihre Mobilmachung mit Schwierigkeiten verbunden sei, während doch die Militärverwaltung immer betone, es komme bei Ausbruch des Krieges darauf an, daß schnellstens die aktiven Truppen an die Grenze gebracht werden können. Dem Zentrum sei anscheinend wieder einmal vom Kanzler eine Warnung zugegangen, darum gebärde es sich so bewilligungslustig. — Abg. Erzberger erklärte die Meldung des „Tag" von einer an das Zentrum ergangenen Warnung des Kanzlers als eine Sensationsnachricht, die er für seine Person dementiere. — Abg. Gröber bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag, für den Genosse Haase noch energisch eintrat. — Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der Volksparteiler und des Elsässers Haegy abgelehnt, ebenso die volksparteiliche Resolution, die die Beseitigung der Privilegierung bestimmter Truppenteile fordert. Angenommen wurde gegen die konservativen Stimmen eine Resolution Bassermann, die fordert, daß der Entwickelung in einzelnen Regimentern auf ausschließlich adlige Offizierskorps entgegengetreten werde.

Sodann wurde ein Antrag Bassermann debattiert, der einen ständigen Austausch zwischen den Offizieren der Grenzregimenter und denen aus günstiger garnisonierten Regimentern fordert. — Dem Kriegsminister ist der Antrag sympathisch, aber der Durchführung des Antrages werden sich große Schwierigkeiten entgegenstellen. Es wird heute schon entsprechend verfahren. — Genosse Südekum betonte, daß die Sozialdemokraten mit der Anregung sympathisieren, jedoch sei zu bedenken, daß die Versetzungskosten enorm wachsen werden. Planlose Versetzungen müssen natürlich vermieden werden. Die Resolution wurde angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, der die Beseitigung der Oekonomiehandwerker und ihre Ersetzung durch Zivilhandwerker forderte, wurde durch der Genossen Stücklen begründet. Die Soldaten seien zum Dienst mit der Waffe da, nicht aber, um Berufsarbeit zu leisten und dadurch den Zivilarbeitern Konkurrenz zu machen. — Der Kriegsminister bat um Ablehnung des Antrages, wünschte aber, daß die Kommission ausspricht, in welcher Richtung sie hierin Reformen wünsche. Die Oekonomiehandwerker ganz abzuschaffen, sei unmöglich, jedoch könnten sie an Zahl beschränkt, die der Zivilhandwerker vermehrt werden. — Abg. Erzberger erklärte, das Zentrum lehne den Antrag ab. Mehr Zivilhandwerker einzustellen, wirke nur verteuernd. Die Oekonomiehandwerker seien notwendig. — Unsere Genossen änderten ihren Antrag in eine Resolution um. Genosse Stücklen erklärte, nicht der einzelne Oekonomiehandwerker bei der Kompagnie oder Eskadron solle beseitigt werden, sondern die, die in großen militärischen Werkstätten in erheblicher Zahl tätig sind. — Die Volksparteiler wollten nur dann der Resolution zustimmen, wenn sie eingeschränkt wird. Gegen die Stimmen unserer Genossen wurde die Resolution abgelehnt.

Den sozialdemokratischen Antrag, der die Abschaffung des Burschenwesens forderte, begründete Genosse Stücklen. Mit dem Hinweis, daß jeder Mann eines mindestens zweijährigen Dienstes mit der Waffe bedarf, stehen die rund 30 000 Offiziersburschen in schroffem Widerspruch, deren Tätigkeit die eines Dienstmädchens, nicht aber die eines Soldaten ist. Redner charakterisiert in satyrischer Weise die Tätigkeit eines Offiziersburschen. Ist doch bereits ein dickes Buch erschienen, das genau die Tätigkeit der Burschen behandelt. Zwar soll den Zeug- und Festungsbauoffizieren der Bursche entzogen werden, nicht aus Ersparnisgründen, sondern um eine weitere Klassifikation zu schaffen unter den Offizieren. Für das Burschenwesen fehlt jede gesetzliche Grundlage, es beruht einfach auf längst abzuschaffenden Ueberlieferungen. Die Offiziere haben keinen Anspruch auf diese Dienstleistungen, die ihnen durch Soldaten geleistet werden müssen. Entweder müssen die Burschen beseitigt werden, oder es sind 20 000 Mann von der Präsenzstärke zu streichen. — Abg. Erzberger vertrat den Zentrumsantrag, der eine Verringerung der Burschen fordert. Die Verwaltung habe bereits Maßnahmen in dieser Richtung ergriffen. — General Wandel erklärte, die Verwaltung sei immer bemüht gewesen, das Burschenwesen so weit wie möglich zu verringern. Heute sind 23 600 Burschen vorhanden, die aber alle eine kriegsmäßige Ausbildung erhalten. Die Mehrzahl der Zeugoffiziere war damit einverstanden, daß ihnen die Burschen genommen und dafür eine Geldentschädigung gewährt wird. Ein Gesetz existiert nicht, daß den Offizieren einen Burschen gewährt, das Burschenwesen ist vor mehr als hundert Jahren durch eine Kabinettsordre geschaffen worden. — Genosse Stücklen polemisierte gegen den General Wandel und widerlegte dessen Einwendungen. — Abg. v. Putlitz trat für das Burschenwesen ein, durch das die Wehrhaftigkeit nicht beeinträchtigt werde. — Abg. Müller-Meiningen gab Mißbräuche beim Burschenwesen zu, bekämpfte aber die völlige Abschaffung. — Genosse Schöpflin kritisierte es, daß vielfach die Burschen in einer Lakaienlivree stecken, eine Tatsache, die Genosse Südekum als einen Skandal bezeichnete. Schöpflin betonte auch, daß er glaube, daß die Burschen die im ersten Jahre aktiven Militärdienst leisten, kriegsgemäß ausgebildet seien, wie die Verwaltung behaupte. Das gelte aber nicht nur für die Burschen, sondern für alle Soldaten, sodaß also heute General Wandel bestätigt habe, daß mit der einjährigen Dienstzeit kriegsbrauchbare Soldaten auszubilden sind. — General Wandel gab zu, daß Burschen in Lakaienlivreen gesteckt werden, hielt es aber für zulässig. — Die Zentrumsresolution wurde angenommen.

Genosse Noske begründete sodann eine sozialdemokratische Resolution, die die Regierung aufforderte, auf eine Beseitigung der Militärkapellen hinzuarbeiten. Das sei aus Gründen der Sparsamkeit ebenso notwendig wie im Interesse der Zivilberufsmusiker. — Der Kriegsminister betonte die „Notwendigkeit" der Militärmusik, auf eine Beschränkung der Zahl der Musiker arbeite die Verwaltung hin. Die Musik habe in bestimmten Fällen eine große Bedeutung für die Truppen sowohl auf dem Marsche wie auch sonst. — Abg. Fischbeck wandte sich gegen die sozialdemokratische Resolution, wenn er auch wünsche, daß den Zivilmusikern keine große Konkurrenz gemacht wird. Die Resolution wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Das Zentrum beantragte, daß die Soldaten jährlich mindestens 4 Wochen Urlaub erhalten können, ferner bei den berittenen Truppen Urlaub in erhöhtem Maße gewährt wird, und endlich den aus der Landwirtschaft kommenden Soldaten tunlichst während der Erntezeit Urlaub gewährt wird. Nach einer Begründung durch den Abg. Erzberger bemängelte Genosse Südekum die unklare Fassung der Resolution, die die Urlaubsbewilligung auch in Zukunft der Laune der Kompagniechefs ausliefere. Es müsse der Anspruch der Soldaten auf Urlaub festgelegt werden. — Dagegen wandte sich der Kriegsminister. Es würde dem ganzen Wesen der Armee widersprechen, wenn ohne Rücksicht auf Führung und Leistung der Soldat Urlaub erhalten müsse. Von Launen bei der Urlaubserteilung könne keine Rede sein. Der Zentrumsantrag fand einstimmige Annahme, ebenso der weitere Antrag auf Beseitigung des strengen Arrests als Disziplinarstrafe. — Abg. Erzberger führte aus, daß, wenn man diese Strafart beibehalten wolle, sie dann auf Grund eines Gerichtsurteils verhängt werden solle. — Der Kriegsminister konnte eine Erklärung nicht abgeben; eine vorherige Rücksprache mit den Truppenkommandeuren sei notwendig. Scharfe Disziplinarstrafen sind bei der Armee notwendig und nicht zu entbehren. — Genosse Südekum führte aus, der strenge Arrest müsse völlig beseitigt werden. Schon vor Jahrzehnten ist die Strafart als eine barbarische bezeichnet worden. Dieser Strafe verfallen sehr oft gerade Leute, die geistig beschränkt sind. So mancher Soldat ist durch den strengen

---

Im Hochwald.

Roman von Gustav Hedenwind-Eriksson.
Aus dem Schwedischen von A. Lütjohann.

(Schluß.) Nachdruck verboten.

Der Holzwärter nickte beifällig und gab dadurch zu verstehen, daß ihm ein derartiger Zusammenhang auch bereits aufgegangen war. Dann meinte er, daß alle Anwesenden sich aufmachen sollten, um Malin zu suchen. Aber der Küster wehrte ab, er wolle allein suchen. Der alte Mann ging langsam fort, blieb aber stehen, als plötzlich Göran Maler aus dem Kahnschuppen, in dem er noch immer wohnte, herausschoß, und so schnell wie es ihm sein krankes Bein erlaubte, der nahen Koppel zulief.

Ihm nach eilten zwei Männer, die ein goldenes Band um die Mütze hatten und einen Rock mit blanken Knöpfen trugen.

Beim großen Graben vor der Koppel hatten sie ihn eingeholt, nahmen ihn fest und brachten ihn in ihren Kahn. Dann ruderten sie fort, aber solange der Kahn noch in Sicht war, konnte man hören, wie Göran abwechselnd schimpfte und weinend seine Unschuld beteuerte.

Ehe sie noch die Inseln erreicht hatten, kam klein Elschen aus ihrem Schuppen gelaufen. Sie eilte auf Domkapitel und den Professor zu, warf sich vor ihnen vornüber ins frische Gras, vergrub ihr Gesicht in den Händen und fing bitterlich an zu weinen. Zwei fremde Männer hätten ihren Vater gebunden und fortgeschleppt, Gott weiß wohin.

Sie verstand es eben nicht besser.

Und als Herr Schanz sie damit trösten wollte, daß man ihren Vater nur fortgeführt, weil er ein Taugenichts sei, sah sie vorwurfsvoll zu ihm auf und sagte schluchzend: „Oh, mein Papa ist doch so gut. Immer ist er gut gegen Mama und mich und meinen kleinen Bruder gewesen; und doch haben sie ihn gebunden und mitgenommen! Was wird bloß Mama sagen, wenn sie nach Hause kommt."

Aber Schanz bestand darauf, daß Göran nichts tauge, indessen möchte er sich ja vielleicht bessern bis er wiederkäme.

„Oh," sagte das Kind weinend, „er kann gar nicht besser werden, als er ist. Im Winter stiehlt er immer Holz, damit Mama und ich und mein Bruder nicht so schrecklich zu frieren brauchen, und wenn wir nichts zu essen haben, geht er rum und verkauft Branntwein und kauft uns nachher Brot. Mein Papa ist ganz gewiß gut."

Während dieser Rede sahen alle auf die zerlumpte Kleine, die in ihrer Unschuld die ganze Schmach und Schande ihres Vaters bloßstellte, bis Domkapitel sie auf den Schoß nahm und ihr mit Liebkosungen und Streicheln den Mund verschloß.

Auch Hans Lia sah sie verächtlich an, zeigte dann nach dem Kahn, der gerade hinter den Inseln verschwand und sagte: „Wenn die drei nicht gewesen wären, dieser verdammte Göran Maler, den sie nun endlich unschädlich gemacht haben, und Grels und sein Jonas, dann säh's hier anders bei uns aus. Soviel ist mal sicher."

„Warum sagst Du nichts vom Branntwein," fiel ihm Domkapitel ins Wort — „oder meinst Du, das jetzt alles gut wird, wo die drei weg sind?"

Aber da schüttelte die alte Mutter Bota ihr weißes Haupt, stieß mit ihrem Stock kräftig auf die Haustürstufen, als Zeichen, daß sie Ruhe verlange und fing dann an: „Ich hab' länger auf der Welt gelebt, als einer von Euch andern. Meine alten Augen haben viel gesehen und sehen auch heute noch viel — sehen, wie im schmutzigsten Wasser die Fische am feitsten werden. Ihr versteht mich schon, wenn ich auch ein wenig in Bildern rede."

Alle nickten ihr zu, auch Herr Plan, der mit gekreuzten Armen an einer Leiter lehnte, und die Alte fing wieder an: „Seht, ich bin sozusagen dabei gewesen, als das erste Samenkorn — Distelsamen war es — von dieser Geschichte in die Erde gestreut wurde; und ich hab' ihr Wachsen und Reifen aufmerksam verfolgt, bis jetzt die Erntezeit da ist. Oder wenn Ihr lieber wollt, so ist alles, was hier in diesem Jahre geschehen, nichts weiter als das oberste Stockwerk von dem Haus, an dem wir so lange gebaut haben. Es ist nicht so hübsch geworden, wie wirs uns gedacht und manchmal müssen wir die Augen zumachen, ums überhaupt drin aushalten zu können. Ich will jetzt mal die Innenseite der Geschichte an die Sonne kehren, damit Ihr sie genau betrachten könnt. Auch ich bin einmal jung gewesen — es ist lange her — verheiratete mich, kriegte Kinder und hatte die Brust voller Sonnenschein, so lange ich arbeiten konnte. Aber eines guten Tags konnt' ich kein Brot mehr schaffen — den Tag werd' ich mein Lebtag nicht vergessen —, und die Kinder weinten vor Hunger. Das ging so eine Weile; aber schließlich eines Nachts ging ich hin und stahl vierzig Kuchen Hartbrot.*) Ich bin deswegen keine Verbrecherin; denn ich erhielt meine Strafe — eine Strafe, die der Gemeinde mehr Zehnkronenscheine kostete, als ich Brot gestohlen hatte, und die Kinder mußten bei alledem noch hungern. Damals war ich also auf demselben Wege wie Göran Maler, aber ich konnte mich leichter aus dem Sumpf retten als er, denn damals gab es noch kein Gold und keine fremden Herren bei uns. Ich hatte mehr Glück als Göran. Ich weiß noch sehr gut, wie die Gemeinde seine letzte Kuh pfändete, wie Du Torkel seinen Acker nahmst, und wie Ihr drei, Du und Jan und Grels ihn um seinen Wald beschwindelten. Damals waret Ihr drei ein Herz und eine Seele, und damals sollte Deine kleine Malin immer nur mit Jonas Grelsson spielen. Ich weiß es noch, als obs gestern gewesen wäre. Und als Göran dann den Wald, den ihm seine Frau zugebracht, nicht hergeben wollte, da habt Ihr ihn gehetzt und gequält und verfolgt — Hans Lia kriegte eine Handvoll Silber für seine Schwarze Insel, wo Göran sich einen neuen Acker urbar gemacht hatte, und da war auch da kein Bleiben für ihn. Als wir sahen, wie Ihr Großen es triebt, da meinten wir alle, daß es so sein müßte und fingen auch an, Göran Maler zu hassen. Und als er dennoch leben wollte, da haßten wir ihn noch mehr, und als er aus Not ein Dieb wurde, da wurde der Haß so groß, daß er eine Ladung Schrot ins Bein kriegte. Aber von da an war er auch reif als Werkzeug für höhere Zwecke. Er verkaufte Branntwein und das kam Euch gut zu paß damals, wie das Holz sich staute oben beim Fall. Du hattest auch Holz im Bach, Torkel — und der Branntwein, der Jonas Grelsson um seine Vernunft brachte, der war nicht für Görans Geld gekauft — Ihr beide, Du und Jan, hattet es zusammengeschossen. Ihr waret beide gleich angelegen, das Holz fortzukriegen, da hattet Ihr nichts gegen Göran einzuwenden. Damals fingen die langen Fäden, die Ihr so emsig gesponnen, an, sich zusammenzuzwirnen, und ständig schürzen sich neue Knoten. Weiß Gott, es muß ein Wunder kommen, damit wir umkehren, bevor noch Fürchterlicheres geschieht."

Die Alte stieß die Eisenspitze ihres Stockes so hart auf den Boden, daß ein Funken aus dem Gestein sprühte. Sie war zu Ende. Da trat Herr Plan hinzu, zog ehrerbietig seinen Hut und sagte: „Ich danke Dir, Mutter Bota, für Deine wahren und weisen Worte! Aber ich möchte nach allem, was ich gehört, noch etwas hinzufügen: Du sagst, nur ein Wunder kann uns zur Umkehr bringen. Nein, denn wenn wir Menschen anfangen, reine Wege zu wandeln und tapfer gegen alles Böse angehen, wo es uns auch begegnen mag, das ist kein Wunder, das ist natürlich. Aber wenn wir das Böse sich immermehr ausbreiten lassen und unsere ganze Welt darauf bauen und alles um Gold und Gewinn aufs Spiel setzen, das ist kein Wunder und wird in nichts zusammenstürzen. Aber das Natürliche ist ewig und größer als alle Wunder."

Eine Weile war es still, nur der Wind rauschte in den hohen Birken, dann verneigte sich die alte Mutter und schritt rüstig ihrer Hütte zu — eine erprobte Seherin, die ihren Meister gefunden.

*) Roggenbrot in Form von platten, tellergroßen Kuchen mit einem Loch in der Mitte.

Arrest zeitlebens unglücklich gemacht worden. Als es galt, die Prügelstrafe beim Militär abzuschaffen, ist genau so argumentiert worden, wie es heute der Kriegsminister getan hat. Solche Strafmittel gehören nicht mehr in die moderne Zeit, und es wäre traurig, wenn die Armee nicht ohne eine solche Barbarei auskommen sollte. Mit der Intensität des Wirtschaftslebens und des Kampfes um das Dasein nimmt die Zahl der Psychopaten zu. Dieser Erscheinung muß auch der Strafvollzug Rechnung tragen. — Abg. Semler meint, den leichten und mittleren Arrest fürchten die Mannschaften nicht. — Der Kriegsminister berief sich auf ein Urteil des früheren Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem, der den strengen Arrest verteidigte. — Genosse Südekum trat dem Minister scharf entgegen. Die sozialdemokratische Anregung, den strengen Arrest überhaupt zu beseitigen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, der Volksparteiler und des Polen abgelehnt, ebenso die Forderung, den Mittelarrest zu mildern; gegen die Stimmen der Konservativen wurde sodann der Zentrumsantrag angenommen.

Eine lebhafte Debatte wurde wegen des Militärboykotts gepflogen. Unsere Genossen beantragten, daß keinem Soldaten der Besuch von Lokalen verboten werden darf, weil der Inhaber eine bestimmte politische Ueberzeugung hat oder seine Lokalitäten bestimmten Parteien überläßt. Genosse Haase brachte ungemein drastische Fälle militärischen Boykotts zur Sprache, der sich sogar gegen die Bureaus von Rechtsanwälten und gegen Aerzte schon gerichtet hat. Gegen diesen militärischen Terrorismus müsse entschieden Front gemacht werden, werden doch auch zahlreiche Existenzen durch ihn gefährdet und ruiniert. Die neue schwere Volksbelastung muß dazu benutzt werden, um diesen Terrorismus zu beseitigen. — Graf Mielzynski forderte die Aufhebung des Boykotts, außer es werde antimilitaristische Propaganda in den Lokalen getrieben oder die Soldaten werden gegen die militärische Zucht aufgereizt. — Vor dieser Forderung warnte Genosse Haase recht eindringlich, sie würde der Militärverwaltung geradezu die gesetzliche Grundlage für ihr terroristisches Vorgehen geben. Das wäre noch viel gefährlicher als der heutige Zustand. Die Polen würden ebenfalls unter der Ausführung des Antrages Mielzynski zu leiden haben. — Graf Mielzynski brachte Fälle militärischen Boykotts aus den polnischen Bezirken zur Sprache. — Abg. Liesching wandte sich gegen den polnischen Antrag und bekämpfte den Boykott. — Der Kriegsminister erklärte, der sozialdemokratische Antrag verstoße gegen die Kommandogewalt des Kaisers und sei unannehmbar. Der Boykott werde nicht aus politischen Gründen, sondern aus Gründen der Disziplin verhängt gegen Lokale, in denen Sozialdemokraten, Zuhälter und Dirnen verkehren. Jeder Truppenkommandeur müsse hier die Entscheidung fällen. In den polnischen Bezirken seien die Polen selbst schuld, wenn der Boykott sich gegen sie richte. Wenn über Privatwohnungen der Boykott verhängt wird, so müsse das entschieden mißbilligt werden. — Genosse Noske widersprach dem Minister und geißelte die von der Militärverwaltung beliebte Zusammenstellung von Sozialdemokraten, Zuhältern und Dirnen und zeigte, wie frivol der Militärboykott ist. — Die Genossen Frank und Schöpflin brandmarkten gleichfalls den militärischen Terrorismus, der wenig rühmlich auch für die Armee sei. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, ein ähnlicher Antrag der Volksparteiler gleichfalls; der polnische Antrag fand mit Stimmengleichheit Ablehnung. Für diesen Antrag stimmte das Zentrum, das an der Debatte sich gar nicht beteiligte. — Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt, da am Donnerstag katholischer Feiertag war.

Aus der Partei.

Aus den Parteiorganisationen. In Probstzella tagte am Sonntag die Meininger Landeskonferenz. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des 1. Kreises auf 830, die des 2. Kreises auf 2158 gestiegen ist. Der Antrag auf Auflösung der Landesorganisation wurde angenommen; jedoch wurde die Landtagsfraktion ermächtigt, nach Bedarf Landeskonferenzen einzuberufen. Im Anschluß an diese Konferenz wurde die Generalversammlung der Parteiorganisation für den zweiten Meininger Reichstagswahlkreis abgehalten, in der das neue Kreisstatut einstimmig angenommen wurde. Der bisherige Kreisvorsitzende, Genosse Seige (Pößneck) wurde wiedergewählt. Ueber die Taktik bei den Gemeinderatswahlen referierte Genosse Hoffmann (Reichstagsabg.), der nach scharfer Charakterisierung des meiningischen Geldsackswahlrechts Beteiligung an den Gemeinderatswahlen für die Orte e… fahl, in denen Kandidaten der Partei aus eigener K… durchgebracht werden können. In allen anderen Orten … len Zettel mit der Aufschrift: „Gewalt geht vor Recht!" … Protest abgegeben werden. Ein Beschluß hierüber wurde … nächsten Kreiskonferenz überlassen. Die Wahlkreisorgan… tion für Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück h… am Schluß des verflossenen Geschäftsjahres 4252 Mitglie… davon 827 weibliche, in 24 Ortschaften. Die gewerkschaftli… Organisationen zählten im Kreise 13 056 Mitglieder. Ei… Bericht über die Landtagswahlen ist zu entnehmen, daß … Zahl der Wahlmänner im Erfurter Kreise von 44 im Ja… 1908 auf 79, im Kreise Schleusingen-Ziegenrück von 26 auf … gestiegen ist. — Als Kreisvorsitzender wurde Genosse N… (Erfurt) wiedergewählt. Die Kreisgeneralversammlung … den Reichstagswahlkreis Reuß ä. L., die in G… abgehalten wurde, nahm die neuen Statuten mit einigen … änderungen gegen 10 Stimmen an. Der Kreisvorstand ist … nach selbständig und vom Ortsverein Greiz unabhängig. … Vorsitzender wurde Genosse Kitz in Greiz gewählt. N… dem neuen Statut werden alle Kreisversammlungen in G… abgehalten.

Heiteres.

Der Gipfel. Herr Meltzer ist ein echter Monarchist! … schreit sogar im Zoo vor dem Wüstenkönig „Hurra"!

Schulhumor. In der biblischen Geschichte in Sexta w… über das „Scherflein" der armen Witwe belehrt. Als … der Lehrer eine Frage darüber tut, wieviel denn wohl so … Scherflein betrage, fährt wie der Blitz der Finger des klei… Fritz in die Höhe: „11 Mk. 25" ertönt es siegesfreudig. All… meine Stille; bis bei näherem Forschen der Lehrer erfä… woher Fritz seine Weisheit geschöpft hat. Ein Stern in sei… Bibel wies nämlich auf eine Fußnote hin, wo als Paral… stelle angegeben war: „Mark. 11,25." („Jugend".)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling…
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & C…
Sämtlich in Lübeck.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung. Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc. **Aussteuer-Artikel.**

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich — empfehlenswerter • Geschäfte • — Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen
das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Gradeöfen
Adolf Borgfeldt
Fernruf 672 Mühlenstr. 38—40

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe. Berufskleidung. Hüte und Mützen.

Bäckereien
Nicolaus Groth … Altstr. 32.
P. Johannsen Konditorei …

Brauereien
Trinkt **Adler-Biere**
H. Lück
Brauerei zur Walkmühle
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**
Trinkt **Kieler Schloßbräu**
Vertreter für Lübeck und Umgegend:
Fr. Krapf, Brauerei Gaebler
…
Elbschloß-Bier
L. … Empfehlenswerte Lokale …

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 256
„Juwelbrot"
wohlschmeckendes Kraft- u. Nährbrot
Backwaren jeglicher Art.

Pflanzen-Butter
Delikateß-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen"
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möller Holstenstraße 42

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Sandstr. 18 Tel. 387

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
Schlachterei
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8523
Herm. Milies
Schüsselbuden Nr. 30
Herm. Spangenberg
Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren
Schwartauer-Allee 53

Gesundheits-Brot
Verlangt **Simonsbrot**
Vollkornbrot aus reinem Roggen …
- Ärztlich empfohlen! -
…

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestrasse 35.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
Breite Str. 33, 1. Etage
Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg. | Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderb. | Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 65.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.
Ernst Wehde
Beckergrube 33
Hüte, Mützen.

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schüsselbuden 32
Kaffee
In sämtlichen Preislagen.

Kinotheater
Metropol-Theater
Nur Breitestr., beim Rathause
Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4—11 Uhr.
Jeden Sonnabend u. Mittwoch neues Programm.
Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Theater
Besucht das
Varieté International
Untertrave 63

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies
Lederwaren
Brieftaschen
Ränzel
Schultaschen
Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel
Wilh. Kreutzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel
Fischergrube 23
E. Teuteberg Untertrave 60. Sohlenausschnitt, Schuhmacher…

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.
Verlangen Sie **Buntekuh-Kümmel**
Dr. Nickell Spezialfabr. nur alkoholfreier Getränke. Tel. 1070.

Meierei
HANSA-MEIEREI
Lübecks Amme
Milch u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Möbelmagazin
Herm. Rist Hunde-Str. 13
billigste Bezugsquelle
Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 58
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit - billigen Preisen -
Amateur Bedarfsartikel.

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köppke & Eggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik August Scheere, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Pfaffenstraße 4.
A. Matern
Beckergrube 26 Uhrmacher. Schweizer Uhren.

Eutin
Deutsches Haus
Kielerstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.
Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazi…
Schuhwarenhaus R. Ben…
beste Bezugsquelle in Arbeite… schuhen sow. auch bess. Schuhw…

Mölln
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillatio…
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof
Klub- und Ballokal. Kegelba…
Rud. Hübener, Uhren Goldw…
Ludw. Kuhn, Herr.- u. Dame… Mützen, Pelzwa…
Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren Repar.-Wk…

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerk… - Eigene Reparaturwerkstätte…
W. Richter
Uhren u. Goldwaren nebst eigener Reparaturwerkst…
Gasthof z. Post H. Vetter Empfehlensw. Lo…
Hugo Kregmann Photographisch… Atelier
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkscha…

Schwartau
Herm. G. Schmid…
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparatu…
Adler-Drogerie Inh. Hans Gr… Farben, Lacke, Kräftigungsmit…
Alb. Gleiß Schlachterei ff. Fleisch- u. Wurst…
A. Klünder Schuhwarenhaus Markt 17.
Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerksch…
L. Schaap Manufakturwaren Arbeitergarderobe.